



IHR HABT EURE REVOLUTION gemacht im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wenn ich Eure Verfassungen lese, so finde ich, daß darin viel von Freiheit die Rede ist. Und wenn ich Eure wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften betrachte, so habt Ihr die Menschen auch tüchtig gleicher gemacht. Wo aber ist die Brüderlichkeit geblieben?

Lange Zeit habt Ihr geglaubt, Ihr brauchtet Euch darum nicht zu kümmern. Ihr habt die bürgerliche Gesellschaft als eine Tauschgesellschaft verstanden, in der die Menschen frei und gleich sich selbst zur gegenseitigen Bedürfnisbefriedigung dienen. Ist das Eure Brüderlichkeit? Ihr macht es Euch zu bequem! Denn wenn alle gleich frei sind, ist es überflüssig, Bruder zu sein.

Wo war Eure Brüderlichkeit, als die Ungleichheit Eurer Freiheiten offenkundig wurde?

Ihr werdet mir antworten, daß die Brüderlichkeit viele Namen habe: Solidarität, Gemeinschaft, Caritas. Doch ich mag Euren Gemeinschaftsgeist nicht und vermag Eure Solidarität je länger je weniger zu entdecken. Wo sind sie denn geblieben, die «Volks-gemeinschaft», die «Betriebsgemeinschaft» und selbst die «Solidargemeinschaft» Eurer Sozialversicherten? Eure «Solidarität ist nur eine Solidarität des Notstands, und Eure Caritas ist ein großer Apparat zur Verteilung staatlicher Subventionen geworden. Ihr habt nur eine Gesellschaft und keine Gemeinschaft geschaffen – und Ihr könnt dies auch nicht. Euer Fortschritt hat die Basis der Gemeinschaftlichkeit zerstört. Euer Fortschritt bedarf der Mobilität und Flexibilität, der opportunistischen Anpassung an die sich wandelnden Umstände. Gemeinschaft und Solidarität aber bedürfen der Dauer, der Nähe und der gemeinsamen Überzeugungen. Dies wußte Euer Prophet des «Wohlstands der Nationen» besser: Daß nur die kleine Gruppe jene Sympathie erzeugt, welche die Basis aller Moral bildet.¹ Euer Fortschritt aber greift aus – er will die Welt umspannen – und zerstört alle bisherigen Grundlagen menschlicher Kultur.

«Aber», so werdet Ihr antworten, «wir haben es weit gebracht: Ist nicht in Europa die Kinderarbeit verschwunden, die Ausbeutung und das Elend einer überschüssigen Bevölkerung, die auf unseren karg gewordenen Böden lastete? Kann man uns ein Elend vorwerfen, das die Entwicklung des Industrialismus überwunden hat? Es haben doch nur die noch zu klagen, die uns auf unserem Wege nicht gefolgt sind. Wären sie so fleißig, so tüchtig, so zuverlässig, so demokratisch wie wir, so hätten sie unseren Wohlstand und unsere Freiheit und wären uns gleich. Deine Brüderlichkeit, Du Narr, hätte dies nicht vermocht! Sie hätte bloß das Elend verteilt. Der Fortschritt – er mag unbrüderlich sein, aber er ist stärker und hat mehr vermocht, die Menschen frei und gleich zu machen.»

Ich kann Euch schwer widersprechen, denn bewunderungswürdig ist Euer Einsatz, Eure Klugheit und Eure Leistung. Doch was ist mit denjenigen, die zu Eurem Einsatz, Eurer Klugheit und Eurer Leistung nicht fähig sind? Ihr verweist auf Eure demokratischen Einrichtungen – ein Mensch, eine Stimme –, doch wo ist die Stimme derjenigen, denen auch Euer politisches Geschäft zu viel ist, der psychisch Kranken, der erwerbstätigen Mütter, der sprachlosen Ausländerfamilien oder der ungeborenen Kinder? Wer hat noch Zeit für die, die sich allein zu helfen nicht vermögen? Denn das Tempo, das Eure Tüchtigkeit diktiert, ist zum Maßstab der Zeit geworden – der knappen Zeit, die Geld

¹ Anmerkungen des Redakteurs: Der Narr bezieht sich hier auf die «Theory of Moral Sentiments», welche Adam Smith 1759, also vor seinem «Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations» (1776) veröffentlicht hat. Es sei daran erinnert, daß Smith selbst dieses erste Werk als bedeutender ansah und daß der unmittelbare Ursprung der in die Revolutionsverfassung eingehenden «fraternité» in den versprengten Gemeinschaften der französischen Hugenotten zu suchen ist.

ZENTRALAMERIKA

Repression und Widerstand in Guatemala: Hohe ausländische Investitionen und wirtschaftlicher Boom nach dem Erdbeben von 1976 – Ausbau exportorientierter Landwirtschaft – Verstärkter politischer Einfluss von Handel und Banken innerhalb der traditionellen Eliten – Steigerung der Lebenskosten und Einfrieren der Löhne – Widerstand der Bevölkerung wird zum Kampf für das Recht zum Leben – Allianz von Arbeitern und Campesinos – Das Massaker von Panzós und die Eskalation des Terrors – Nur Teile der Kirche verurteilen die Repression.
Hans Zwiefelhofer, München

IRAN

Religiöse Erwartung und politische Opposition der Schia (2): Die Katastrophe von Kerbela – Arkan-disziplin als Strategie des Überlebens – Der «verborgene Imam»: mystische Weiterexistenz, geheimnisvolle Realpräsenz und erwartete Wiederkunft – An seine Stelle tritt die dogmatische Autorität der gelehrten Interpreten – Relativierung des Politischen – Geschichtliche Entwicklung des iranischen Staates – Vorläufige, aber faktisch ausgeübte Herrschaft verschiedener Dynastien – Verfassung von 1906 und Zusatz von 1907: Oberaufsicht der geistlichen Elite über Tätigkeit der Regierungen – Pahlawi-Dynastie und schiitische Opposition – Die klerikal-religiöse Hierarchie.
Pierre Rondot, Lyon

ÖKOLOGIE

Wie hilft uns der NAWU-Report aus der Wohlstandsfrage? (1): Ein verdrängtes, aber aktuelles Dilemma – Zwischen ökonomischer und ökologischer Krise – Interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ingenieuren, Natur- und Wirtschaftswissenschaftlern – «Harte» und «weiche» Grenzen des Wachstums – Wie sind Preisstabilität und Vollbeschäftigung über eine Begrenzung des Verbrauchs von Ressourcen zu erreichen? – Qualitatives Wachstum durch Rationalisierung im Bereich des Energie- und Rohstoffbedarfs – System der «Kleinen Netze»: Herauslösen aus der Wettbewerbswirtschaft und der staatlichen Versorgung – Elemente der Umweltstabilisierung – Energiebegrenzung – Wie kann ein solches Programm durchgeführt werden?
Paul Erbrich, Feldkirch

UNGARN

Zum päpstlichen Schreiben an die ungarischen Bischöfe: Verschiedenartige Entwicklung des Verhältnisses Kirche-Staat in Ungarn und in Polen – Verlust der Privilegien in Ungarn – Kardinalprimas Mindszenty forderte kirchliche Prärogativen zurück – Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Budapest und dem Vatikan – Revirement der Hierarchie – Bischofswort vom 29. 11. 1978 gegen innerkirchliche Eigeninitiative und Opposition – Konflikte mit dem Staat vermeiden – Was ist die Aussage der Papstbotschaft? *Robert Hotz*

BUCHHINWEIS

K. Rahner/B. Welte (Hrsg.): Mut zur Tugend. Plädoyer für unzeitgemäß-zeitgemäße Tugenden, z.B. Brüderlichkeit, Zivilcourage, Freimut (vgl. *Tütelseite*).

geworden ist. Ihr habt recht, die Brüderlichkeit zu vergessen, denn Brüderlichkeit kann man nicht kaufen, und was nicht käuflich ist, gilt Euch nichts.

Es gibt keine Zeit für Brüderlichkeit

Ihr werdet mir linke Niedertracht entgegenhalten: «Als ob nichts wert sei, was nicht käuflich ist! Wir haben doch Kirchen und Grundwerte – und lassen sie uns auch etwas kosten.» Doch vermögen Eure Kirchensteuern und Eure Sozialbudgets etwa Brüderlichkeit zu stiften? Brüderlichkeit herrscht nur, wo Menschen sich in ihrer Eigenart ernst nehmen, in dem, was sie verschieden und einmalig macht. Bleibt ehrlich – Ihr habt die Brüderlichkeit abgeschrieben, auch in Euren Kirchen. Denn die Kirchen sind Eure Kirchen geworden. Sie sind wohl organisiert, beschäftigen tüchtiges Personal in großer Menge und bezahlen es neuerdings sogar gut. Der Münchner Kardinal hat nachgewiesen, was für eine dünne Sache die christliche Brüderlichkeit schon dreihundert Jahre nach Jesu Tod geworden war.² Diese Säure ist zu wenig ätzend, als daß sie die Patina eines durchschnittlichen Kirchendieners zu durchdringen vermöchte. «Dies mag wohl zutreffen», werdet Ihr einräumen, da Euch an der harmlosen Wohlanständigkeit Eurer Kirchen liegt. «Aber wozu brauchen wir dann die Brüderlichkeit, wenn es fast zweitausend Jahre Christentum lang auch ohne ging?»

² Anmerkungen des Redakteurs: Der Narr bezieht sich hier auf Joseph Ratzinger's Studie zur christlichen Brüderlichkeit (1960) sowie seinen Artikel «Fraternité» im Dictionnaire de la Spiritualité. Bezeichnenderweise fehlt die Brüderlichkeit in den einschlägigen theologischen Nachschlagewerken deutscher Sprache.

Solange die Bande der Familie, der Verwandtschaft und der gewohnten Gemeinschaft trugen, war die Brüderlichkeit entbehrlich. Jeder hatte seinen festen Ort und war Bruder nur dem, der ihm selbst zu Bruder oder Schwester bestimmt war. Doch die Idee der Brüderlichkeit, in deren Namen Ihr angetreten seid, ist umfassend, katholisch, universal. Sie protestiert gegen die Partikularität der alten Gemeinschaften, die Ihr zerstört habt. Sie verlangt, daß Ihr Bruder seid auch dem, der wenig mit Euch gemeinsam hat, der anders ist als Ihr und der Eure Interessen nicht teilt. Nur Brüderlichkeit kann den Verfall Eurer Freiheit in bloßen Eigennutz noch hindern, nachdem Ihr seine alten Schranken weggeschafft habt. Doch Ihr – Ihr schlagt dem, der nicht will Euer Bruder sein, zwar nicht mehr den Schädel ein; Ihr macht es eleganter; Ihr laßt ihn links liegen, mag er selbst zusehn! Ihr habt auch keinen Grund, Euch um die zu kümmern, die nicht Eure Brüder sein wollen, solange sie Euch nicht schaden – doch den Schaden merkt Ihr erst, wenn es zu spät ist.

«Wir sehen, du weißt alles besser! So sag uns denn, was wir tun sollen – im Namen der Brüderlichkeit?»

Soll ich Narr Euch etwa die Brüderlichkeit lehren? Verkündigt, daß Ihr ohne sie auskommen könnt, daß Ihr eine neue Kultur auf der Anonymität und dem Eigennutz aufbauen wollt. *Und daß Ihr daran glaubt.*

Dann will ich schweigen.

Rede eines demokratischen Hofnarren an ein bürgerliches Publikum (aus: K. Rahner/B. Welte, Mut zur Tugend – vgl. letzte Seite).

Kampf, Repression und Hoffnung in Guatemala

Nach dem Erdbeben des Jahres 1976 vollzog sich ein großes wirtschaftliches Wachstum, wie es in Guatemala seit langem nicht mehr stattgefunden hatte. Die hauptsächlichsten Ursachen für diese wirtschaftliche Expansion lagen in der Erhöhung der Kaffeepreise auf dem Weltmarkt und im Wiederaufbau des Landes, der hohe Kapitalhilfen aus dem Ausland voraussetzte. Inzwischen sind die Kaffeepreise wieder gefallen, und die Wiederaufbaukredite sind auf das frühere Ausmaß gesunken. Für optimistische Beobachter ist jedoch auf der Basis des zugeflossenen Kapitals ein ökonomischer Entwicklungsprozeß in Gang gekommen, der die Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums, wenn auch in vergleichsweise verringertem Maße, garantieren könnte; die hohen Investitionen im extraktiven Sektor unterstreichen diese Erwartungen.

Macht und Aufstieg der Agroexporteure

Im Jahre 1977 waren Kaffee und Baumwolle die ertragreichsten Exportprodukte des Landes; aufgrund von Preis- und Mengenerhöhungen entfielen auf diese beiden Produktarten etwa 91 % des gesamten Ausfuhrwachstums. Im Jahre 1978 fiel der Kaffeepreis in Abhängigkeit von der Ernte in Brasilien beträchtlich, erholte sich jedoch im Herbst wieder geringfügig. Die in den Zeiten der Höchstpreise getätigten Investitionen und Technisierungen im Kaffeesektor haben die wirtschaftliche und politische Macht der Agroexporteure gestärkt. Besonders deutlich ist dies im Fall der Baumwollexporteure geschehen; Preise und Produktivität sind konstant gestiegen. Nach starkem Absinken Mitte des Jahres zogen auch die Weltmarktpreise für Rohzucker und raffinierten Zucker kräftig an; das nationale Preisniveau für Zucker blieb jedoch auf dem erhöhten Stand, der Mitte des Jahres festgelegt worden war; auch die Löhne der Arbeiter blieben unverändert. Nicht zuletzt durch das Auslandskapital haben Handel und Banken vom Wirtschaftswachstum profitiert. Doch blieben insbesondere die Vertreter des Handels an

der Spitze der gegenüber den Interessen der breiten Bevölkerung feindlichen Politik innerhalb der Organisation der Landbesitzer, Industriellen und Bankiers. Die deutliche wirtschaftliche Vormachtstellung der traditionellen Sektoren des Agrarexports verstärkte deren politischen Einfluß und ließ im gesellschaftlichen Gefüge Guatemalas eine neue Gruppierung entstehen – in enger Verbindung zu den Staatsorganen und auf der Basis neuer wirtschaftlicher Projekte von gesellschaftlicher Bedeutung aufgrund des Kapitaleinsatzes und der Verflechtung mit mächtigen multinationalen Konzernen. Die Entstehung von 40 neuen Industrieunternehmen im ersten Halbjahr 1977 und eine geschätzte industrielle Investitionssumme von 300 Millionen Dollar während des Jahres 1977 – davon 43 % Auslandskapital – beleuchten die erwählte Entwicklung. Die «Corporación Financiera Nacional» gab 1977 77,7 % ihrer Kredite an die Industrie, die Weltbank einen Kredit von 16 Millionen Dollar. Der Schwerpunkt lag eindeutig auf exportfähigen agroindustriellen Produkten. Während des ersten Halbjahrs 1977 entlastete der Staat den Industriesektor von Steuern und Abgaben in Höhe von 17 Millionen Dollar. Die nationale Wirtschaftspolitik, die der Militärregierung eine größere Beteiligung und Einflußnahme eröffnete, orientierte sich auf die Förderung des extraktiven Sektors, insbesondere der Erdölproduktion. Staat, Privatwirtschaft und Ausland bildeten eine engere Koalition. Die Auslandsinvestitionen stiegen von 51,3 Millionen Dollar im Jahr 1972 auf 98,5 Millionen Dollar im Jahr 1977 und betrafen vor allem den extraktiven Sektor, die Agroindustrie und den Tourismus. Das regionale Entwicklungsprojekt «Franja Transversal del Norte» wurde zum Symbol der wirtschaftlichen Entwicklung und deren gesellschaftlicher Folgen. Unter Einsatz der Landbevölkerung, über Zwangsumsiedlungen und konfliktive Auseinandersetzungen um die Probleme des Bodeneigentums wurde dieses neue ökonomische Projekt schwerpunktmäßig gefördert, nicht als künftige Kornkammer Guatemalas, sondern

unter der Rücksicht der vermuteten und vorhandenen natürlichen Ressourcen, die für die extraktive Industrie von besonderem Interesse erschienen.

Das wirtschaftliche Wachstum erhöhte den Wohlstand der herrschenden Schichten und die politische Macht der Militärs, war jedoch von einer erheblichen Preiserhöhung für Importgüter und von einer wachsenden Verschuldung des Landes und damit gegebener größerer Abhängigkeit begleitet. Für das breite Volk bedeutete der wirtschaftliche Entwicklungsprozess nur eine Verstärkung der Ausbeutung. Im Jahre 1978 erhöhten sich die Lebenskosten insgesamt und vor allem für Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker, Milch, Bohnen, Fleisch und für öffentliche Dienstleistungen wie Strom sowie für Industriewaren im allgemeinen. Seit 1971 betrug die Erhöhung der Lebenskosten mehr als 100%; der Kaufkraftverlust des Quetzal lag über 50%. Im Herbst 1978 führte der Versuch einer Erhöhung der Transportkosten um 100% zu den größten Konflikten der letzten Jahre. Die Steigerung der Lebenskosten blieb ohne Kompensation durch höhere Löhne und ähnliche Maßnahmen; die Verdoppelung der Weihnachtsgratifikation stellte nur eine schwache Hilfe dar. Für die ländliche Bevölkerung verschlechterte sich die Situation durch Zwangsräumungen in einigen Gegenden wie Livingston, Isabel, San Martín, Tecpan, Sacapulas und im Gebiet der Franja Transversal; dazu kamen Verschuldung, Unterbezahlung sowie schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt. Die Marginalbevölkerung der Hauptstadt war besonders durch das Fehlen grundlegender Dienstleistungen betroffen.

Arbeitskämpfe rund um den Wahlzirkus

Im politischen Bereich verschärfte sich die konfliktive Situation: Der organisierte und gezielte Kampf des Volkes nahm ebenso zu wie die Repression von seiten der Militärregierung und der herrschenden Schichten, die der wachsenden Bewegung im Volk keine anderen Mittel entgegensetzen konnten. Das Jahr 1978 begann mit einer Reihe von Aufständen der Arbeiter, die höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und das Recht auf Organisation forderten; in den städtischen Armenvierteln ging es um die Einrichtung grundlegender Dienstleistungen. Schrittweise ließ der Widerstand des breiten Volkes erkennen, worum es im Grunde geht: um den Kampf für das *Recht zum Leben*. In der Zeit zwischen Jahresbeginn und den politischen Wahlen liefen zwei Prozesse parallel, die miteinander nicht verbunden waren: Während die organisierten Arbeiter den Kampf der letzten Monate des Jahres 1977 fortsetzten, bemühten sich die Präsidentschaftskandidaten – 3 Militärs –, die Unterstützung des Volkes im Land zu erhalten. Die Arbeiter der Wasserkraftwerke traten in den Generalstreik und marschierten zur Hauptstadt, um höhere Löhne und bessere Arbeitsverträge zu fordern. Die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst (Gesundheitswesen, Post, Erziehungswesen), die Bäcker und die Arbeiter bedeutender Industrieunternehmen (Oxec, Chixoy) kämpften um Lohnerhöhungen.

Die politischen Wahlen waren von tiefem Mißtrauen begleitet. Gruppen der ländlichen Bevölkerung sprachen von einem «Zirkus, in dem alle vier Jahre neue Clowns mit neuen Witzen auftreten»; der Direktor des Wahlamtes sprach von einem «Picknick der Clowns»! Das Volk ließ sich jedoch nicht davon ablenken, sich weiterhin zu organisieren, um seine Rechte zu fordern. Immer deutlicher zeigte sich, daß das Volk entschieden hatte, wer sein einziger Kandidat und seine einzige Alternative sein könne: die Organisation des Volkes. Mit Unterstützung von nur 9% der Wahlberechtigten, das bedeutet weniger als 4% der gesamten Bevölkerung, wurden die Kandidaten der «Frente Amplio» gewählt. Die überwiegende Mehrzahl der Bürger blieb von den Wahlen fern oder gab ungültige Stimmen ab. Die beiden führenden Männer, die als Sieger aus dem Wahlgeschehen hervorgingen, symbolisieren die Koalition von Militär und Privatwirtschaft.

Appell an den Papst

Über vierzig christliche Basisgemeinden, Ordensgemeinschaften und verwandte Institutionen aus Guatemala haben über das dortige Komitee «Justitia et Pax» ein Schreiben an Papst Johannes Paul II. gerichtet. So wie er, Papst Wojtyla, immer wieder die Notwendigkeit der *Religionsfreiheit* einschärfte, so möge er «auch die Bischöfe animieren, die wirkliche Freiheit aller Menschen anstrebende Religionsfreiheit zu verteidigen». «In unserem Land», so liest man da, «wie in der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten gibt es nur eine *scheinbare* religiöse Freiheit. Sie ist nur Schein, weil täglich mit verschiedenen Mitteln die Freiheit zur Verkündigung und das Recht, die authentische Botschaft Jesu zu leben, verweigert wird: wenn nämlich jene, die die «Gute Botschaft den Armen, den Gefangenen Befreiung, den Blinden das Augenlicht und den Unterdrückten Freiheit bringen» wollen (Lk 4, 18f.) verfolgt, ausgewiesen, gefoltert und ermordet werden.

► Es wurde in den letzten Monaten in Guatemala *ermordet* der Priester *Hermógenes López*, der sich durch seinen Dienst an den Ärmsten auszeichnete;

► es wurde *ausgewiesen* die Ordensschwester *Raymunda Alonso Queral*, und es wurde verhaftet und – gegen alle Gesetze – des Landes verwiesen der Priester *Carlos Stetter*, dessen einzige Vergehen seine Liebe und seine Arbeit für die Armen waren.

► Verfolgung und Tod brechen gleichzeitig Tag um Tag über viele christliche Katechisten, «Boten des Wortes» und andere um die Wirklichkeit des Gotteswortes bemühte Christen der Kirche von Guatemala herein ...: Drei, vier, ja bis zu sechs Ermordete pro Tag sind die traurige Statistik der Repression in unserem Land, wo zudem die Wahrheit vertuscht und verschwiegen und, was wirkliches Licht wäre, ausgelöscht wird.»

Der Text erwähnt hier das Massaker von 1978, dem «viele (Hunderte) christliche Campesinos» zum Opfer fielen, und zwar sowohl in Panzós wie in Alta Verapaz und an vielen anderen Orten.

Das Schreiben, das auch noch die Bedrohung von zwei Bischöfen und mehreren Laien erwähnt, beschuldigt «einige Verwaltungsabteilungen der gegenwärtigen Regierung» (d. h. des Regimes von Romeo Lucas Garcia) der «systematischen Angriffe auf die Kirche» und einer «Terrorkampagne», in deren Gefolge die ausländischen Priester, denen nur noch sechsmonatige Visa bewilligt werden, von der Ausweisung bedroht erscheinen.

Die Ausweisung von Pfarrer Stetter

In einem zweiten, ausführlicheren Dokument (datiert vom 10. Januar und als «Botschaft» an das Volk von Guatemala adressiert) solidarisierten sich fünfzig Gruppen mit dem Protest der Campesinos der Region Ixcán Grande sowie des Bischofs *Victor Martínez* von Huehuetenango und des Priesterrats von Quezaltenango anlässlich der Ausweisung des deutschen Pfarrers *Carlos Stetter*. Stetter (geb. 1941 in Ellwangen, Jagst) hat sich seit seiner Ankunft in Guatemala (1971) vor allem durch den Ausbau zweier Kliniken und einer Radiostation «Fraternidad» verdient gemacht. Diese Station bekam eine wichtige Funktion nach dem Erdbeben von 1976. Stetter mobilisierte tausend Freiwillige und konnte – unterstützt durch Gelder aus Deutschland – 2500 Wohnungen bauen. Seine Verhaftung erfolgte am 20. Dezember in dem Augenblick, als er auf dem Flugplatz von Huehuetenango mit einer Maschine landete, die ihm regelmäßig zum Transport von Kranken, von Medizin und von Baumaterial diente. Die Ausweisung wurde folgendermaßen begründet: Er, Stetter, sei «unerwünschter Ausländer und verfolge andere Aktivitäten als seinen kirchlichen Dienst». Bereits ist die Frage aufgetaucht, ob bei dieser Ausweisung außer landeseigenen Gesetzen nicht auch gegenseitige Abmachungen mit der Bundesrepublik verletzt wurden. L.K.

Im April 1978 entstand das «Komitee für die Einheit der Landbevölkerung» (Comité de Unidad Campesina) mit dem Ziel, die bestehenden Organisationen auf dem Land zu vereinigen und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Campesinos zu unterstützen. Mit der Gründung dieses Komitees haben sich die Aktivitäten der Landbevölkerung vervielfacht und nahmen organisiertere und gezieltere Formen an. Die angestrebte Allianz von Arbeitern und Campesinos begann sich in Guatemala zu verwirklichen. Trotz interner Spannungen und spaltender Tendenzen innerhalb der Bewegung des Volkes wuchs die

Solidarität und Einflußkraft der Arbeiter, Studenten und Campesinos. Die Aktivitäten wurden häufiger und entschiedener. Am 1. Mai kam es zu einer der wichtigsten Manifestationen der letzten Jahre; wenige Tage später marschierten etwa 1000 Campesinos aus verschiedenen Regionen in die Hauptstadt; Mitte Mai demonstrierten 35 Organisationen der Landarbeiter; am 19. Mai erklärten die Arbeiter der Papierindustrie den Streik; wenige Tage danach legten die Arbeiter des Elektrizitätswerkes zeitweise die Arbeit nieder; die Studenten unterstützten die Aktivitäten der Arbeiter und Campesinos durch Gebäudebesetzungen und ähnliche Maßnahmen; auch die Bewohner der städtischen Elendsviertel wurden aktiv, um gegen die hohen Lebenskosten zu protestieren und das Recht auf Boden, Unterkunft und öffentliche Dienstleistungen zu fordern.

Panzós und die Eskalation des Terrors

Am 29. Mai marschierten Hunderte von Campesinos aus Cahaboncito, Chichipate und anderen Dörfern – Männer, Frauen und Kinder – nach Panzós, um sich nach dem Inhalt eines Dokuments aus Guatemala-Stadt zu erkundigen, das ihre Bodenrechte betraf; in friedlicher Manifestation erreichten sie das Zentrum von Panzós. Sie versammelten sich im Stadtpark, wo sie vom Bürgermeister, einigen Großgrundbesitzern und von Truppen des Heeres erwartet wurden. Die Campesinos wollten ihre Anliegen vortragen, wurden jedoch nicht gehört. Die Soldaten, die aus anderen Gegenden herbeigeht worden waren, gaben Schüsse aus ihren Maschinenpistolen ab; auch einige Großgrundbesitzer aus der Region schossen im Schutz des Militärs. Die Campesinos flohen in Schrecken und Panik; viele fanden den Tod im Park, in den Straßen und im Fluß. Nach Schätzungen kamen mehr als 100 Campesinos um, unter ihnen 20 Frauen und mehrere Kinder. Die Zahl der Verletzten erreichte fast 300. Das Militär verhängte den Ausnahmezustand über die Region, so daß den Journalisten und auch dem Roten Kreuz der Zugang verwehrt war. Die Ereignisse in Panzós werfen ein Licht auf die neue Politik und die neuen wirtschaftlichen Interessen in Guatemala. Panzós liegt nahe von Rubelsanto und Estor, wo große Vorräte an Erdöl und Nickel vorhanden sind, sowie nahe an der «Franja Transversal del Norte», wo sich die wirtschaftlichen Interessen konzentrieren. Die Repression war die einzige Antwort der Großgrundbesitzer und des Militärs auf die Forderungen der Campesinos, ihr Recht auf die Bestellung des Bodens zu verteidigen. Die Ereignisse von Panzós bezeichnen nicht nur die Konflikte zwischen zwei Klassen, sondern zeigen auch die deutliche Orientierung der Politik der Regierung innerhalb einer neuen Phase, das heißt die Entscheidung, die Bewegung des Volkes und seine Organisation zu unterdrücken und zu beenden.

Die Antwort der Bewegung des Volkes auf das, was in Panzós geschehen ist, war massiv. Am 8. Juni fand in der Hauptstadt die vergleichsweise größte Manifestation statt. Arbeiter, Cam-

pesinos, Studenten, Bevölkerung der städtischen Elendsviertel, Priester, Ordensfrauen und aktive Gruppen von Christen gingen auf die Straßen, um das Gemetzel von Panzós zu verurteilen. Ein Attentat auf einen Lastwagen der Militärpolizei, wobei 19 Militärpolizisten starben, war eine der bedauerlichsten Reaktionen der Organisation des Volkes auf die Repression der Militärregierung. Der Gegenschlag traf die aktiven christlichen Gruppen; am 30. Juni wurde der Pfarrer von San José Pinula, *Hermógenes López*, ermordet; er hatte sich auf der Seite des Volkes für die Durchsetzung grundlegender Rechte eingesetzt. Die Repression nahm zu und richtete sich vornehmlich gegen die Führer von Organisationen des Volkes. Nach Ermordungen und Verhaftungen spitzte sich die Lage Ende Juli immer mehr zu. Mitte August entzündete sich die offene Konfrontation zwischen Volk und Regierung an der Frage der Erhöhung der Transportpreise um 100 %. Im September und Oktober herrschte Bürgerkrieg in Guatemala, vor allem in der Hauptstadt, wo sich nahezu täglich blutige Manifestationen, Streiks, Besetzungen, Entführungen, Attentate und Schießereien ereigneten. Die Unzufriedenheit des Volkes schien sich unkontrolliert zu entladen. Die Auseinandersetzungen um die Preise für den öffentlichen Transport verlagerten sich schnell von den Straßen in die Fabriken, der Einsatz von Tränengas wurde durch Maschinenpistolen ersetzt. Die Militärregierung ließ keinen Zweifel aufkommen, daß sie gewillt war, mit Waffengewalt durchzugreifen. Aber der Widerstand des Volkes ließ sich nicht brechen. Am 7. Oktober wurden die dekretierten Erhöhungen der Transportpreise rückgängig gemacht; der offene Konflikt war zunächst beendet. Die «Bilanz» des Ausnahmezustands im Oktober war schrecklich: 50 Tote, 600 Verletzte, 1200 Verhaftungen; vom Januar bis Juni sind 374 Menschen ermordet worden, davon 300 aus dem Kreis der armen Campesinos und Arbeiter. Die herrschenden Schichten verstärkten über die Regierung das Klima des Terrors und der Repression, um die Organisation des Volkes zu unterdrücken. Aber gleichzeitig erstarkte auch der Wille des Volkes, sich zu organisieren und für eine neue Gesellschaft zu kämpfen.

Ein Teil der Kirche schweigt bis heute

Für die Position der Kirche war diese Entwicklung zur offenen politischen Konfrontation nicht einfach. Einige Gruppen stellten sich auf die Seite des Volkes, andere versuchten, neutral zu bleiben, und wieder andere standen auf der Seite der Repression. Gegenüber den Ereignissen während der ersten fünf Monate des Jahres hielt die Kirche ihre frühere Position aufrecht: sie schwieg. Freilich wurde dennoch die grundsätzliche Unterschiedlichkeit innerhalb der Kirche deutlich, z. B. zwischen Bischof *Flores* von Vera Paz, der sich auf die Seite des Volkes stellte, und Kardinal *Mario Casariego*, dem Erzbischof von Guatemala-Stadt. Die Ereignisse von Panzós waren der Anlaß, um das Schweigen der Kirche zu beenden. Mindestens zehn Communiqués von christlichen Gruppen erschienen in den Zeitungen und verurteilten die blutigen Geschehnisse. Ebenso beteiligten sich christliche Basisgruppen öffentlich und aktiv an Protestkundgebungen. «Seit 400 Jahren hat Guatemala ein solches entschiedenes Bekenntnis der Kirche für die Rechte der Unterdrückten erwartet und erhofft», sagte ein Teilnehmer einer Demonstration zu einem Priester. Die Antwort der Militärregierung blieb nicht aus; immer stärker richtete sich ihre Anklage gegen Priester und Ordensfrauen, und die Repression gegen christliche Gruppierungen wuchs. Verfolgung, Ausweisung und Ermordung trafen jetzt gezielt auch die lebendigen Kräfte der Kirche. Freilich, ein großer Teil der Kirche blieb im Schweigen gegenüber den Ereignissen, gegenüber der Repression und auch gegenüber Anklagen gegen die Kirche von seiten der Regierung. Dennoch sind die hoffnungsvollen Anzeichen dafür unübersehbar, daß die Kirche in Guatemala sich bewußt wird, daß man nicht zwei Herren dienen kann. *Hans Zwiefelhofer, München*

Gesucht werden per sofort

Entwicklungshelfer

für Ecuador (Südamerika):

Krankenschwester

für Gesundheitserziehung und medizinischen Posten;

Schreiner(meister)

für Lehrwerkstätte

Einsatz bei:

Missionspfarrer P. Enrique Rosner, Cuenca, Apto. 806, Ecuador

Die Schiiten in Iran – Geschichte und Gegenwart (II)

Im 1. Teil seines Beitrages (vgl. letzte Nummer, S. 42–44) hatte *Pierre Rondot* zunächst einen kurzen Überblick über die Entstehung des Konflikts zwischen der «Zwölfer-Schia» und dem Schahregime gegeben. Daran schloß sich eine zusammenfassende Darstellung der Frühgeschichte dieser islamischen Richtung an. Eine entscheidende Rolle als Gründerfiguren spielten der Imam *Ali* und sein (in *Kerbela* getöteter) Sohn *Hussein*; ihr tragisches Ende wird an den Hauptfesten des schiitischen «Kirchenjahrs» dramatisch begangen.

Der Artikel wurde, wie besonders am Ende deutlich wird, einige Wochen vor der iranischen Revolution geschrieben. Aber die geschichtlichen und gesellschaftlichen Hintergründe, die Rondot gekonnt darstellt, haben nichts von ihrer aktuellen Bedeutung verloren. Das französische Original (aus *Études*, Bd. 350, 1979, S. 149–164) wurde von Clemens Locher leicht gekürzt und übersetzt. (Red.)

Nach der Katastrophe von *Kerbela* nahm die kleine schiitische Gemeinschaft – trauernd, zerstreut und verfolgt – «das Gesicht einer leidenden Kirche» an¹; sie bangte sogar um ihr Überleben. So nahm sie zur Geheimhaltung Zuflucht, um für *Ali* trotz aller drohenden Gefahren noch einige Getreue retten zu können. Unter Berufung auf einige vage Anweisungen des Korans² und «durch die Umstände gezwungen, nicht aus freier Entscheidung ... lebte die Schia ... ein echtes Untergrunddasein. Es führte dazu, daß bei ihren Anhängern die Tendenz aufkam, den eigenen Glauben zu verheimlichen und im Falle von Gefahr von den Vorschriften des Kultes zu dispensieren»³. Nicht nur extreme Schiitengruppen, etwa die *Ismailiten*, praktizierten so das, was die Araber *taqija* und die Iraner *kitmān* nennen; die «Zwölfer-Schia» selbst machte daraus im Laufe der Zeit immer eindeutiger ihr Kennzeichen⁴. Diese Praxis ging anscheinend über die «Mentalreservation» der gängigen Übersetzungen hinaus und wurde zu einer immer systematischer betriebenen «religiösen Verheimlichung», die mit dem Willen zu einem sozusagen esoterischen Bekenntnis einherging.

Wenn man *Ali* schon nicht mehr öffentlich anrufen durfte, so war man es nicht zufrieden, nur im stillen Kämmerlein zu ihm zu flehen. Man versuchte, den an ihn erinnernden Symbolen Verbreitung zu verschaffen. Sein Name, aus dem in der arabischen Schrift eine Art Arabeske wird, wurde in verschlungenen Schriftzügen auf Teppiche geknüpft. Die Palmen, die man in Gruppen von je fünf pflanzte, sollten *Alis* Familie versinnbildeln⁵. Schiitische Baumeister und Steinmetzen führten bei den Sunniten in Bagdad das Kreuzgewölbe ein; es sollte auf geheimnisvolle Weise das vollkommene, vom *Imam* beherrschte Gleichgewicht darstellen, eine geheime mystische Ordnung, der nun auch – ohne ihr Wissen – die Sunniten unterworfen sein würden. All diese Schleichwege benützte man, bis die Machtübernahme durch einen schiitischen Lokalherrscher bzw. das Wohlwollen eines großzügigen oder skeptischen sunnitischen Fürsten die öffentliche Bezeugung von *Alis* Kult gestatteten.

Vielleicht darf man hier den Schlüssel zu manchen gegenwärtigen Verhaltensweisen des iranischen Volkes vermuten: stilles Ausharren in der Prüfung, geduldiges Verschweigen der Kritik, Tätigkeit geheimer Zellen im Untergrund, Infiltration des aktivistischen Ferments in die verschiedenen Schichten der Gesellschaft und – sobald die Staatsmacht auch nur ein Zeichen von Schwäche erkennen läßt – einhellige, gigantische Massenkundgebungen.

Während der zwei Jahrhunderte nach *Husseins* tragischem Ende führte die Schia so einen gefährlichen Überlebenskampf. Sie bewies eine unbändige Vitalität, von der die Vielfalt ihrer fruchtbaren Zweige Zeugnis ablegt, aber gleichzeitig wurde sie durch innere Auseinandersetzungen und durch die Verfolgungen auf eine harte Probe gestellt. Ein Abbasidenkalif, *Mutawakkil*, machte

sogar das Mausoleum von *Kerbela* dem Erdboden gleich, obwohl die Schiiten behaupten, 4000 Engel bewachten es. Vom dritten bis zum elften *Imam* war auch nicht einer, der eines natürlichen Todes gestorben wäre; ziemte es sich übrigens nicht, daß alle wie *Ali* und *Hussein* als Märtyrer endeten?

Der im Jahre 818 gestorbene achte *Imam*, *Ali ar-Rida* (bzw., nach der heute gängigen Schreibweise, *ar-Resa*) liegt in *Mesched* im äußersten Nordwesten Irans begraben⁶. Um sein Grab herum ist eine riesige Wallfahrts- und Handelsstadt entstanden. Zahlreiche Gläubige kommen schon zu ihren Lebzeiten an diese heilige Stätte, um ihr eigenes Grab zu pflegen, das sie sich ausersehen haben. Das Heiligtum verfügt über umfangreiche unveräußerliche Güter, die vom Staat verwaltet werden, seit *Resa Schah* (der Vater von *Schah Resa Pahlawi*) sich selber das Amt eines *mutawalli* («Wächter») des Grabes übertragen hat. Nach altem Brauch stoßen die Pilger vor diesem Mausoleum Verfluchungen gegen zwei Abbasidenkalifen aus: *Harun ar-Raschid*, der hier bei einer militärischen Unternehmung den Tod fand, und *Mamun*, der den *Imam Rida* vergiftet haben soll.

Dieser achte *Imam* ist der einzige, der in Iran begraben ist⁷. Aber seine äußerst fromme Schwester – *Fatima* mit Namen wie ihre berühmte Ahne – hat in *Qum* eine überaus prächtige Grabstätte erhalten, und zwar unter demselben Felsendom, der gewöhnlich den *Imamen* vorbehalten war. Diese in der Nähe von *Teheran* gelegene Stadt ist ein berühmter Mittelpunkt mystischer Frömmigkeit und theologischen Studiums geworden.

444 Nachkommen *Alis* haben auf den Friedhöfen von *Qum* ihre letzte Ruhestätte gefunden. Die schiitische Frömmigkeit ehrt die unzähligen *imamsade* (Abkömmlinge der *Imame*) sowohl zu ihren Lebzeiten wie nach ihrem Tod. Über das ganze Land sind ihre Grabmäler verstreut; oft sind sie mit bläulichen *Fayence-Kuppeln* überdeckt und von bescheidenen Pilgergräbern rings umgeben. All diese Stätten sind Brennpunkte der Volksfrömmigkeit.

Aber unter einer dieser azurfarbenen Kuppeln verbirgt sich in *Samarra* (Irak) eine besonders eigentümliche Gedenkstätte: der Ort nämlich, an dem 873 der zwölfte *Imam* entrückt wurde. War es eigentlich nicht konsequent, daß die schiitische Berufung zum Schweigen und zur Verheimlichung zuletzt in dieser geheimnisumwobenen «Verbergung» des *Imams* endete? Der letzte offenbare *Imam* war kaum dem Kindesalter entwachsen und war gerade in sein Amt eingesetzt worden, als aus ihm so «der verborgene *Imam*» wurde.

Unter diesem Titel sind dem zwölften *Imam* ein langes mystisches Fortleben, eine geheimnisvolle Realpräsenz und eine providentielle Wiederkunft sicher. Er trägt den Namen *Mohammed al-Mahdi al-Muntasar*. Der *Mahdi* wird am Ende der Zeiten zu den Menschen zurückkehren, um ein kurzes goldenes Zeitalter vor dem Jüngsten Gericht einzuleiten; er wird die Welt mit Gerechtigkeit erfüllen, wie sie vorher mit Bosheit gesättigt worden ist⁸. *Al-Muntasar* bedeutet «der Ersehnte».

Aber bereits vor seiner Rückkehr in naher oder ferner Zukunft spielt «der verborgene *Imam*» eine ungeheure Rolle bei den Schiiten. Auf mystische Weise ist er als oberster Herrscher gegenwärtig. Konkret tritt an die Stelle seiner dogmatischen Autorität diejenige der Gelehrten, in deren Händen die Auslegungsvollmacht liegt.

Die ganze Originalität des iranischen politischen Systems rührt von diesem Glaubensartikel her.

Ein schiitisches Reich unter der Aufsicht der Gelehrten

Die Vergeistigung des *Imamats* infolge der mystischen Abwesenheit seines zwölften Inhabers und die dauernde Verfolgung der Schiiten haben Irans Geschichte während eines Jahrtausends geprägt. Die Iraner haben sich daran gewöhnt, zwischen

¹ *Henri Massé*, *L'Islam*, Paris, 6. Aufl. 1952, S. 152.

² «Mögt ihr verheimlichen, was in euren Herzen ist, oder dies kundtun, Allah weiß es» (III, 30). «Wer Allah verleugnet ..., es sei denn gezwungen, indes das Herz noch fest im Glauben ist» (XVI, 107). Die letztere Stelle enthält aber möglicherweise einen späteren Zusatz.

³ *H. Massé*, a. a. O., S. 153.

⁴ Nur die *Zaiditen*, die sich am frühesten vom Hauptstrang der Schia abspalteten, haben diese Praxis nicht übernommen.

⁵ Dasselbe gilt von der Hand, die fünf Finger zeigt und übrigens «*Fatimas Hand*» genannt wird; aber ihre Popularität ist im ganzen Islam verbreitet und geht nicht notwendig auf die Schiiten zurück.

⁶ Im Islam lautet die klassische Bezeichnung dieser Stadt *Mesched Ridaui*, «Begräbnis von *Rida*».

⁷ Die drei unmittelbaren Nachfolger *Husseins* ruhen in *Medina*. Sechs *Imame* sind im Irak begraben: *Ali* (in *Nedschef*), *Hussein* (in *Kerbela*), je zwei in *Kadhimain* bei *Bagdad* und in *Samarra* (nördlich von *Bagdad*).

⁸ Typisch für die Schia und in ihrem Lehrsystem auch völlig konsequent, ist der Glaube an den *Mahdi* doch auch in einem Teil des sunnitischen Islams verbreitet: man erinnert sich noch an den *Mahdi*, der 1880 im Sudan auftrat und dessen Nachkommen dort noch heute eine große politische Rolle spielen.

der konkreten Realität irdischer Mächte – allesamt gleich unrechtmäßig, aber je nach dem Grad ihrer Gerechtigkeit mehr oder weniger akzeptabel – und der idealen Legitimität eines verborgenen Herrschers zu unterscheiden, dessen irdische Vertreter befugt sind, die Machthaber zu beraten und sie gegebenenfalls öffentlich zu rügen.

Als der zwölfte Imam am Ende des 9. Jahrhunderts entrückt wurde, lastete auf Iran die verhasste Oberherrschaft der Abbasidenkalifen⁹. Aber im Reich gewannen lokale Fürsten immer mehr an Einfluß; sie boten dem Kalifat die Stirn oder versetzten es sogar in eine Position der Abhängigkeit. Das hatte gewöhnlich eine Verbesserung der Lage des iranischen Volks zur Folge.

Seit Beginn des 10. Jahrhunderts dehnten die Samaniden von Buchara ihre Herrschaft über Persien aus und gaben dessen ursprünglicher Kultur, an der sie Anteil hatten, einen gewissen Glanz zurück. Fünfzig Jahre später etablierten sich die Bujiden – auch sie aus Zentralasien gekommen, aber schiitischer Konfession – als Herrscher über Mittel- und Südiran. Sozusagen als «Haus Hofmeister» nahmen sie sogar den geschwächten Bagdader Kalifen unter ihre Obhut. In der Mitte des 11. Jahrhunderts bemächtigten sich dann jedoch die seldschukischen Türken der Hauptstadt Bagdad und der ganzen Region. Sie waren überzeugte, strenggläubige Sunniten.

Zur Zeit der asiatischen Invasionen lebte die schiitische Gemeinschaft zurückgezogen, voller Furcht, aber auch voll Glaube und Hoffnung. Ein berühmter Weltreisender des 14. Jahrhunderts, der aus Marokko stammende *Ibn Battuta*, erzählt, er sei vor dem mit Seide verhängten Tor des Heiligtums zu Samarra Zeuge der täglichen Versammlung der Gläubigen gewesen. Sie seien mit Flöten und Trommeln, mit Waffen und einem gesattelten Pferd erschienen und hätten den verborgenen Imam beschworen, wiederzukommen, sein Reittier zu besteigen und die Herrschaft anzutreten.

Am Ende des 14. Jahrhunderts war der letzte große Eroberer, der Türke und Sunnit *Tamerlan*, paradoxerweise die entfernte Ursache für das Wiedererstehen Irans. In Ardabil (im Nordosten des Landes) errichtete er eine Niederlassung der Bruderschaft der *Safawiden*¹⁰. Sie waren von *Mussa*, einem Nachfahren des 7. Imams, gegründet worden. Aus ihnen ging 100 Jahre später die mächtige iranische Dynastie gleichen Namens hervor. Gegen den Widerstand der sunnitischen Ottomanen und trotz schwerer Niederlagen setzte Schah *Ismail* die Renaissance Irans unter schiitischem Vorzeichen durch. Schah *Abbas*, sein Nachfolger, verlieh dem Land im 17. Jahrhundert einen bisher ungeahnten Glanz.

Aber trotz ihrer Eigenschaft als *imamsade* oder vielmehr wegen der schiitischen Überzeugung, die sich damit verbindet, wollten die Safawiden nur eine «weltliche» und auf jeden Fall vorläufige Dynastie begründen. Übrigens wiesen sie selber symbolisch darauf hin: in den kaiserlichen Stallungen von Isfahan standen jederzeit zwei Pferde bereit, das eine für den *Mahdi*, das andere für seinen unentbehrlichen Knappen. So sollte der Imam in jedem Augenblick seine Entrückung verlassen und die Herrschaft übernehmen können. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Gelehrten mit seiner Interpretationsvollmacht ausgerüstet; sie gaben Rat, wachten über die Verträglichkeit staatlicher Erlasse mit dem religiösen Gesetz und übten im Bedarfsfall öffentliche Kritik.

Seit der Epoche der Safawiden, so liest man gelegentlich in den Handbüchern, sei aus Iran ein schiitisches Staatswesen geworden. Die Formulierung muß nuanciert werden: gemäß dem von den Safawiden begründeten System verfügt der Herrscher nur über eine faktische Autorität; im Grunde handelt es sich um die einzige Regierungsform im islamischen Raum, die man mit einigem Recht als «weltlich» bezeichnen kann.

Im 18. Jahrhundert rettete *Nadir Schah*, «ein genialer Abenteurer»¹¹, das von den Afghanen bedrohte Persien. Allerdings setzte er Irans religiöse Eigenstän-

⁹ Dabei hatten die Schiiten den Abbasiden kräftig geholfen, anstelle der Omayyaden die Macht zu erobern.

¹⁰ Es handelte sich um *Kisilbasch*-Derwische: ihr Name («Rotköpfe») rührt von ihrer roten Kopfbedeckung her, die aus zwölf (die Zahl der Imame symbolisierenden) Stoffstücken zusammengesetzt ist. Den *Kisilbasch* ist es zu verdanken, wenn die Schiiten (im lokalen Sprachgebrauch *Alevîs* genannt) in einen Teil Anatoliens eindringen und sich dort behaupten konnten.

¹¹ H. Massé, a. a. O., S. 203.

digkeit aufs Spiel; im Hinblick auf eine Aussöhnung mit dem Osmanenreich leitete er die Integration der Schia – als bloße Rechtsschule, ohne lehrmäßige Originalität – in die Sunna ein. In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Iran von einer gewaltigen messianischen Bewegung, dem *Babismus*, erschüttert, die mit aller Grausamkeit unterdrückt wurde.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu einer Modernisierung der iranischen Institutionen, aber ohne daß man von der durch die Safawiden aufgestellten Grundnorm abgegangen wäre. Das erste iranische Parlament wurde feierlich «in Gegenwart des verborgenen Imams» eröffnet. Die Verfassung von 1906 erhielt 1907 einen Zusatz, wonach der Herrscher – aufgrund gnädiger Verfügung des Imams – gemäß den Empfehlungen der Gelehrten das Parlament bilden sollte. Die Gesetze, so hieß es ausdrücklich, dürften «den heiligen Vorschriften des Islams und den Lehren des Propheten nicht widersprechen». Zu diesem Zweck wurde ein aus fünf Mitgliedern bestehender Gelehrtenrat konstituiert¹². Das Parlament wählte sie aus einer Liste von 20 Namen, die die Gelehrten zusammengestellt hatten. Aufgabe dieses Rates sollte es sein, darüber zu wachen, daß dem Islam zuwiderlaufende Projekte und Gesetzesvorlagen zurückgewiesen würden und niemals Rechtskraft erlangen könnten.

Die Gelehrten und die Pahlewi-Dynastie

Im Jahre 1925 zettelte *Resa Khan* (der Vater von Schah Resa Pahlewi) angesichts des Zerfalls der Kadscharendynastie einen nationalistischen Staatsstreich an. Die religiösen Führer rieten ihm von der Gründung einer Republik ab. Die neue *Pahlewi*-Dynastie unternahm dennoch Anstrengungen, um die Autorität der schiitischen Hierarchie zu begrenzen: diese verlor einen Teil ihrer Einnahmequellen, indem der Staat die Verwaltung der frommen Stiftungen an sich riß; überdies wurden die traditionellen Kundgebungen anlässlich der schiitischen Hauptfeste eingeschränkt und so die Einflußmöglichkeiten der religiösen Hierarchie auf das Volk vermindert. Die Schiiten holten zum Gegen-schlag aus. Ihr damaliger Hauptführer *Kaschani* schloß sich 1950 der nationalistischen Bewegung *Mossadeghs* an. Der Widerstand dehnte sich auf ein weniger geeignetes Gebiet aus, als sich die Schiiten gegen die Agrarreform und verschiedene andere Modernisierungsmaßnahmen zur Wehr setzten. Der Protest verschärfte sich bei großangelegten Trauerdemonstrationen zum Gedenken an die Opfer staatlicher Repression, was schließlich zum Exil des Ayatollah *Khomeini* führte. Mit den Kundgebungen von 1978 (und der Revolution von 1979, *Red.*) erreichte die schiitische Oppositionsbewegung ihren im Grunde lange hinausgeschobenen Höhepunkt.

Ob diese politischen Entscheidungen glücklich waren oder nicht – die schiitischen Führer trafen sie jedenfalls im Bewußtsein, daß dies zu ihrer Aufgabe als Vertreter der Macht des verborgenen Imams gehöre. Sie sind eben die *mudschtahid*, d. h. diejenigen, die die Anstrengung der Interpretation unternehmen¹³. Sie sind es, die der Vollmacht des Imams Dauer verleihen. So ist die schiitische Gemeinschaft die einzige im Islam, die über eine Art Klerus verfügt. Die Gelehrten, ihre Mitarbeiter, die Kultangestellten, all jene schließlich, die von den Imamen abstammen, bilden ein Ganzes, einen gemeinschaftlichen Rahmen. Diese Gemeinschaft gipfelt in einer Hierarchie, die unter Berücksichtigung der Gelehrsamkeit durch Kooptation gebildet wird.

In der ganzen schiitischen Welt gibt es wohl etwa 1000 *mudschtahid*; davon dürfte über ein Drittel in Iran leben. Sie genießen bei den Gläubigen hohe Verehrung und erhalten von ihnen über-

¹² Diese Kommission ist jedoch seit 1912 nicht mehr eingesetzt worden (*Anm. d. Übers.*).

¹³ Auf diese Weise spielen sie eine viel bedeutendere Rolle als die *Ulema*, ihre «Kollegen» im sunnitischen Lager. Denn die Sunniten haben das Gesetz schon seit dem 8. Jahrhundert als eine fixierte, abgeschlossene und fortan unveränderliche Größe betrachtet; «das Tor der Anstrengung (der Interpretation)» ist in ihren Augen geschlossen.

dies ansehnliche Geldsummen, die für den Unterhalt der Heiligtümer und für den Gottesdienst bestimmt sind. Ihr gewöhnlicher Titel ist *Ayatollah*, «von Gott gegebenes Zeichen». Die Angesehensten von ihnen, etwa zehn an der Zahl, sind faktisch die geistigen und intellektuellen Führer der iranischen Schiiten¹⁴.

Der Ayatollah Ruhallah Khomeini ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ihr Wortführer – weniger aufgrund seines theologischen Wissens, das seine Kritiker für mittelmäßig halten, als wegen seines unerschrockenen Auftretens gegen die Staatsgewalt. Seit 15 Jahren rügt er öffentlich die Maßnahmen des Schahregimes, und zwar selbst da, wo diese auf eine echte Modernisierung abzielen und durch Volksabstimmung gebilligt worden sind. Khomeini ist der Ansicht, diese vom Egoismus und vom Willen zur Macht inspirierte Politik lasse die Nation in den sozialen, materiellen und moralischen Ruin abgleiten. Zusätzlich zur kleinen Gruppe der höchsten Gelehrten und zur Schar der Ayatollahs, die über das ganze Land verstreut sind, gibt es in Iran sehr viele religiöse Persönlichkeiten, die das Feuer der Volksfrömmigkeit unterhalten.

Da sind zunächst die *mutawalli*, die «Wächter» der bedeutendsten Heiligtümer, und die *hodschatelislam* («Beweise des Islams»), die in den islamischen Instituten unterrichten. Daneben gibt es ein mehr oder weniger hierarchisch organisiertes Kultpersonal¹⁵. Den Titel *mulla* tragen in Iran über 100 000 Männer; ihre Gelehrsamkeit und Frömmigkeit sind zweifellos von sehr unterschiedlicher Qualität, aber sie zeichnen sich doch durch ihre Frömmigkeit aus. Schließlich zählt man etwa 600 000 *sajid* und 500 000 *mirsā*, die entweder väterlicher- oder mütterlicherseits von der Familie des Propheten abstammen. Diejenigen, die ein eindeutiger Stammbaum als Abkömmlinge eines Imams ausweist, heißen – wie schon erwähnt – *imamsade*.

Dieser mächtigen und komplizierten Organisation, die sich auf den islamischen Glauben beruft, eine jahrhundertelange Tradition ihr eigen nennt und über eine unleugbare Popularität ver-

¹⁴ Außer dem Ayatollah Khomeini gehören dazu die Ayatollahs *Schariat Madari*, *Golpaighani*, *Maraschi*, *Ruhani* (in Qum); *Schirasi*, *Ghuri* (in Mesched); *Khosai* (in Teheran); überdies – außerhalb Irans – der Ayatollah *Khoi* (in Nedschef/Irak).

¹⁵ Dazu gehören der *imām Jome* (Vorbeter beim Freitagsgottesdienst), der *pischnāmas* (Leiter des Gebets), der *waes* (Prediger) und der *roswechan* (Vorsänger).

fügt, steht die Staatsmacht gegenüber. Erst seit der Machtübernahme durch die Pahlewi-Dynastie vor 50 Jahren ist es dem Staat gelungen, ein Bild der Stärke zu vermitteln; seine Grundlagen sind das Bekenntnis zur Monarchie, ein gewisses Verständnis des Nationalismus, die massive Industrialisierung und eine riesige Armee.

Aber für die iranischen Schiiten ist diese Macht kaum von Belang, solange sie sich weder als moralisch noch als gerecht ausweist. «Der schiitische Islam», schreibt ein iranischer Fachmann, «ist eine dauernde Opposition gegen jede Ungerechtigkeit ... In dieser Zeit der kulturellen und technischen Vorherrschaft des Westens wird das, was dem Islam heilig ist, zu einem Faktor der Abwehr und einem Element des Überlebens»¹⁶. Es ist deshalb sinnlos, in den Erklärungen des Ayatollah Khomeini das Fehlen eines nicht bloß negativen Programms zu beanstanden. Übrigens hat der Schiitenführer durchaus nicht verschwiegen, wie eine islamische Republik aussehen würde: «Sie wird den gleichen Sinn haben wie anderswo. Aber ihre verfassungsmäßige Grundlage werden die Gesetze des Islams sein. Gesetze und Verordnungen werden auf dem Koran beruhen. Letzten Endes wird das Volk über die Institutionen zu bestimmen haben, also wird es sich um die Demokratie des Volkes handeln.»¹⁷ Allerdings: ihrem Wesen nach besteht die Rolle der *mudschtahid*, der Interpreten und Stellvertreter des Imams, nicht in politischer oder verfassungsrechtlicher Initiative, sondern in der öffentlichen Kritik an der Tätigkeit der jeweiligen Regierung. Das Originelle an der gegenwärtigen Bewegung in Iran ist es, daß diese Kritik die Massen mobilisiert, daß sie eine revolutionäre Begeisterung auslöst, die nach einem Führer ruft. Der Ayatollah Khomeini wird so dazu gedrängt, Funktionen zu übernehmen, die sich von denen, die ihm die Tradition zuschreibt, ziemlich stark unterscheiden.

Vermutlich wird sein Verhalten künftig weniger von traditionell fixierten Regeln und Gebräuchen abhängen als von den wechselnden Umständen und von den Überlegungen, die sie ihm einflößen werden.

Pierre Rondot, Lyon

¹⁶ N. Jamal el-din, in: *Le Monde*, 30.9.1978.

¹⁷ *Le Monde*, 15.11.1978.

WEGE AUS DER WOHLSTANDSFALLE (I)

Die industrielle Zivilisation steckt in einem Dilemma, das sich folgendermaßen formulieren läßt: Entweder wachsen wir wirtschaftlich erneut und nachhaltig, aber dann rennen wir in die ökologische Krise; oder aber wir bremsen das wirtschaftliche Wachstum, aber dann fallen wir in die ökonomische Krise. Entweder Vollbeschäftigung um den Preis der Umweltzerstörung oder aber Umweltschutz um den Preis von Arbeitslosigkeit. Unternehmerverbände wie Gewerkschaften und in ihrem Gefolge die Politiker scheinen dieses Dilemma zu verdrängen. Denn sie fordern erneut und offensichtlich ohne Bedenken nachhaltiges Wirtschaftswachstum zur Lösung der brennenden Tagesprobleme Arbeitslosigkeit und leere Staatskassen – als ob es nie eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums gegeben hätte. Jene Grenzen aber waren weder eine optische Täuschung, noch sind sie inzwischen uns zuliebe verdunstet; sie bestehen nach wie vor. Das zu sehen, genügt aber nicht; wir haben uns zu fragen: «Wie und mit welchen politisch-rechtlichen Steuerungsstrukturen ist es möglich, aus der Phase eines exponentiellen Wachstums in geordneter Weise, ohne ökonomische Krisen, in ein ökonomisch-ökologisches Gleichgewicht zu gelangen?» Das ist die Frage, die sich 23 Schweizer Wissenschaftler seit 1972 im Rahmen des Projektes NAWU (= Neue Analysen für Wachstum und Umwelt) gestellt haben. Projektleiter waren Prof. Dr. Hans Christoph *Binswanger* (Wirtschaftshochschule

St. Gallen) und Privatdozent Dr. Theo *Ginsburg* (Physiker, Eidg. Techn. Hochschule Zürich). Neben verschiedenen wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist 1978 eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse erschienen unter dem Titel «Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlfallsfalle».¹

Der Report ist aus drei Gründen höchst bemerkenswert:

► Unter den *Mitarbeitern* befinden sich nicht nur Naturwissenschaftler und Ingenieure, sondern auch ein halbes Dutzend Wirtschaftswissenschaftler, also Vertreter jener Disziplin, die Analysen nach der Art «Grenzen des Wachstums» recht häufig als unwissenschaftlich, naiv und emotional motiviert abgetan haben.

► Die *Diagnose* nennt nicht nur die bekannten «harten» Wachstumsgrenzen (Überlastung der Regenerationskraft der Biosphäre, Raubbau an den wirtschaftlich günstig gewinnbaren Rohstoffen), sondern auch die «weichen» Grenzen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und psychologischer Art (Inflation, zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht, wachsende Komplexität und Störanfälligkeit technischer und organisatorischer Strukturen, Überforderung des Staates, Anpassungsstreß und Entfremdung des Individuums). Vor allem aber betont die

¹ S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 1978, 327 S., sFr. 29.40.

Diagnose die Existenz eines blinden, strukturbedingten, von den wirklichen Bedürfnissen der einzelnen wie der Gesellschaft weitgehend unabhängigen Zwanges zum wirtschaftlichen Wachstum.

► Die *Therapie* will diesen Wachstumszwang überwinden und kann daher die klassischen und unverzichtbaren Ziele der Wirtschaftspolitik, nämlich Preisstabilität und Vollbeschäftigung, nicht durch das klassische Mittel des ständigen Wirtschaftswachstums und damit des steigenden Umweltverbrauchs anpeilen, sondern muß sie gerade durch Umweltstabilisierung erreichen, d. h. durch die aktive Begrenzung des Verschleißes von Umweltkapital.

Was sind nun die wichtigsten Thesen und Ergebnisse des NAWU-Reports?

Die Tatsache des Wachstumsnotstands

Einer der Gründe des heutigen Wachstumsnotstandes ist der autonome Wachstumszwang in der Wirtschaft. Der NAWU-Report (I. Teil, S. 27–113) spricht von der Wohlstandsfalle. Der Weg in diese Falle begann vor etwa 200 Jahren mit dem Übergang von der alten Versorgungswirtschaft zur neuen Erwerbswirtschaft. Es geht zwar weiterhin um die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, aber auch und immer mehr um den Erwerb von Geld. Geld aber ist nicht nur ein bequemes Tauschmittel, von dem man bekanntlich nie genug haben kann, sondern vor allem ein Mittel, um neues Geld zu produzieren. Der Nettoertrag eines Unternehmens (Gewinn) wie die Zinsen, die das Unternehmen seinen Geldgebern zahlt, werden wiederum zum Kapital geschlagen, also erneut angelegt mit dem Ziel, die Erträge zu steigern. Indem der Gewinn bzw. der Zins wieder zum Kapital geschlagen werden, kommt es zu einem Zinseszinsprozeß, zum beschleunigten (exponentiellen) Wachstum, zur immer schnelleren Expansion des Produktionsstroms, des Konsumstroms und des Geldstroms. Und das unabhängig davon, ob der Nutzen, der mit der Expansion ursprünglich verbunden war, noch größer oder schon kleiner ist als der Schaden aus dem Umweltverzehr, der mit jeder Expansion verbunden ist.

In den fünfziger Jahren bestand das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums darin, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu verbessern. Heute besteht das Ziel weitgehend darin, angesichts drohender Sättigung der Märkte (vgl. Textilien, Haushaltselektronik, Autos) den drohenden Zusammenbruch der expansiven Wettbewerbswirtschaft zu verhindern. Fieberhaft sucht man nach Innovationen, für die das Bedürfnis erst noch geweckt werden muß, die aber eine nachhaltige Expansion der Produktion für wenigstens zehn Jahre versprechen. An diesem Wachstumszwang ändert sich nichts, gleichgültig, ob das Wachstum kapitalistisch durch die Zunahme der privatwirtschaftlichen Gewinne oder sozialistisch durch die Zunahme des volkswirtschaftlichen Gesamtbudgets gemessen wird. Wachstum ist das deklarierte und zugleich unauwechliche Ziel der markt- wie der planwirtschaftlich organisierten Industrialisierung.

Dieses Wachstum wird an den bekannten «harten» Grenzen zerschellen, um so früher, je erfolgreicher es jetzt ist.

Konventioneller technischer Umweltschutz kann diese Kollision nicht verhindern, weil er selber Rohstoffe und Energie verbraucht und zudem den Umweltverzehr pro Produktions- und Konsumeinheit nicht beliebig senken kann. Steigt die Zahl der Aktivitätseinheiten, so steigt auch die restliche, nicht eliminierbare Umweltbelastung, bis früher oder später jedes noch so große Umweltkapital verbraucht sein wird. Auch der Preis für nichterneuerbare Rohstoffe kann den beschleunigten Umweltverzehr nicht rechtzeitig bremsen. Denn dieser Preis richtet sich nicht nach dem ständig steigenden inneren Wert immer schneller schwindender Ressourcen, sondern nach den jährlich geförderten Mengen, die in den meisten Fällen infolge des technischen Fortschritts bei sinkenden «Stückkosten» bis nahe an die Erschöpfung der einzelnen Lagerstätten gesteigert werden können. Deswegen sind die Preise für diese Rohstoffe real ständig gesunken, und wo sie in letzter Zeit kräftig angezogen haben (beim Erdöl, Uran, Bauxit, Phosphat), sind nicht marktmäßige, sondern politische Kräfte verantwortlich. Zudem genügt es nicht, daß die Ressourcen physisch vorhanden sind, am Kältepol der Erde z. B. oder in 10 km Tiefe. Sie müssen auch gewinnbar sein, nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich, und nicht nur für die reichen 20 Prozent der Menschheit, sondern auch für die armen 80 Prozent, denn sonst bleiben diese in ihrer Armut stecken. Was aber

beobachten wir? Den erneut sich beschleunigenden Verbrauch der wirtschaftlich günstig gewinnbaren Vorräte, sozusagen des Rahms, weitgehend zum Nutzen der reichen Volkswirtschaften.

Wenn die Produktion des Erdöls in etwa 20 bis 30 Jahren endgültig sinken und der Preis dafür davonlaufen wird, werden jene Länder, die dann noch zum Club der Armen gehören, ihre Aufstiegshoffnungen in den Kamin hängen können. Denn jede andere Energiequelle, jeder andere Energieträger, ist sehr viel teurer als Erdöl heute, zumindest dann, wenn man von ihnen das gleiche erwartet wie vom Erdöl: leicht speicherbar in beliebigen Mengen, verwendbar für jeden Zweck, vom Moped bis zum Jumbo, vom Herd bis zum Dampfkessel des Elektrizitätswerkes.

Es ist zudem zu befürchten, daß das Wachstum wie ein Wagen im Morast durch die «weichen» Grenzen zum Stillstand kommt, bevor die «harten» erreicht sind, und ohne daß man so recht sagen könnte, warum das gerade jetzt und nicht viel früher oder später passieren mußte. Jeder von außen erzwungene, in keiner Planung vorgesehene Wachstumsstopp führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu unbeherrschbaren ökonomischen wie ökologischen Krisen. Deswegen beschwören doch alle Regierungen unisono das Wachstum. Das mag die Krise für morgen verhindern. Soll sie aber auch für übermorgen verhindert werden, muß das Wachstum gezielt reduziert und schließlich zum Stillstand gebracht werden, was nur dann ohne Erschütterungen möglich ist, wenn gleichzeitig der eingebaute heillose Wachstumszwang überwunden wird. Das ist der originelle Kern der NAWU-Diagnose, die man da und dort ankratzen, aber schwerlich erschüttern kann.

Eine Regierung kann nur dann Krisen von übermorgen verhindern, wenn dadurch die Probleme von heute, nämlich Arbeitslosigkeit und leere Staatskassen, zumindest nicht verschärft werden. Soll das Wachstum reduziert und der Wachstumszwang überwunden werden, muß gleichzeitig die Arbeitslosigkeit und die finanzielle Atemnot des Staates überwunden werden. Das ist geradezu die Quadratur des Kreises. Der NAWU-Report hat denn auch kein fertiges Rezept, glaubt aber, Schritte in der richtigen Richtung angeben zu können, die ernsthaft geprüft werden sollten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen glücklosen Konjunkturpolitik, die zwischen Bremsen (gegen die Inflation gerichtet) und Beschleunigen (gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet) hin- und hertaumelt, ohne das Ziel, nämlich Wachstum mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung, bisher gefunden zu haben. Die Vorschläge des NAWU-Reports lassen sich auf zwei unterscheidbare, aber nicht trennbare Ziele zurückführen, nämlich qualitatives Wachstum (S. 117–163) und Umweltstabilisierung (S. 164–210).

Qualitatives Wachstum als Alternative

Qualitatives Wachstum bedeutet Wachstum, das sowohl die ökologische wie die ökonomische Krise langfristig vermeidet. Quantitatives Wachstum heißt: alles wächst, was einen in Geld ausdrückbaren Ertrag produziert. Es ist undifferenziertes Wachstum im Gegensatz zum differenzierten. In einer Volkswirtschaft, die aus Armut heraus starten muß, wird jede Verbreiterung des Güterangebotes und jeder Rationalisierungserfolg, der von schwerer und schmutziger Arbeit entlastet, mit Recht als Fortschritt gewertet. In einer fortgeschrittenen Volkswirtschaft dagegen hat eine weitere Steigerung des Güterstroms oder eine weitere Entlastung durch noch mehr Rationalisierung nicht mehr denselben Stellenwert. Der sogenannte Grenznutzen der Gütervermehrung ist gesunken, jener der Umweltgüter gestiegen. Damit aber steigt auch die Nachfrage nach Umweltgütern, nicht aber ihr Preis. Da kein Marktmechanismus existiert, der über den Preis die steigende Nachfrage nach Umweltgütern mit dem knapper werdenden Angebot ins Gleichgewicht bringt, muß die Wirtschaftspolitik eingreifen. Aber wie? Der NAWU-Report antwortet: indem man Rationalisierungsinvestitionen zweiter Art fördert, d. h. jene, die nicht Arbeit durch Energie ersetzen wie die Rationalisierungsinvestitionen erster Art, sondern Energie sparen helfen (z. B. durch Wärmedäm-

mung) oder den Rohstoffbedarf senken (z. B. durch Produktion langlebiger, reparaturfreundlicher Produkte).

Durch diese Maßnahme sollen drei Ziele erreicht werden:

► **Vollbeschäftigung:** Im Gegensatz zum Modell des rabiaten Wachstumsstopps bleiben die Arbeitsplätze auf dem Investitionsgütersektor erhalten, da ja weiter investiert wird, nämlich in Rationalisierungsmaßnahmen der zweiten Art. Im Gegensatz zum bloß quantitativen Wachstum müssen nicht krampfhaft neue Arbeitsplätze gesucht werden für jene Arbeitnehmer, die als Folge der Rationalisierungsmaßnahmen der ersten Art entlassen werden mußten, wobei niemand so recht weiß, was und für wen denn an diesen neuen Arbeitsplätzen produziert werden soll.

► **Preisstabilität:** Da keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, bleibt die Verschuldung von Staat und Wirtschaft geringer, die Geldschöpfung in Grenzen und damit auch die Inflation.

► **Umweltstabilisierung:** Rationalisierungsmaßnahmen erster Art verbrauchen überproportional viel Umweltkapital (Rohstoffe, Energie, Boden, Regenerationskraft der Biosphäre usw.), Rationalisierungsmaßnahmen zweiter Art dagegen unterproportional, nämlich nur für die Investitionen selber, nicht aber für Erweiterungsinvestitionen zur Beschäftigung der Rationalisierungsoffer. Gleichzeitig senken sie in der verbleibenden Produktion wie im verbleibenden Konsum den Rohstoff- und Energieverbrauch und ebenso den Ausstoß von Abfällen.

Die Antwort erscheint verblüffend einfach, ja zu einfach. Es wäre doch ein unwahrscheinlicher Glücksfall, wenn es bei der Einführung der neuen Politik zu keiner nennenswerten Arbeitslosigkeit käme. weder im Investitionssektor (weil nicht weniger, sondern nur anders investiert wird), noch im Konsumgütersektor (weil nicht rationalisiert wird). De facto rechnet der NAWU-Report mit einer gewissen Arbeitslosigkeit. Dem will er dadurch begegnen, daß das verbliebene Arbeitsvolumen durch Arbeitszeitverkürzung auf alle Arbeitswilligen verteilt wird, eine Methode, die ja schon lange im Gespräch ist. Diese Methode aber hat ihre Tücken: Es darf keinen (vollen) Lohnausgleich geben, denn sonst wird pro Kopf weniger produziert, ohne daß die Lohnkosten entsprechend gesunken sind. Damit wächst der Druck, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, um die Produktionskosten unter Kontrolle zu halten. Lohnkürzungen aber sind politisch kaum durchzusetzen. Zudem stellt sich das Problem, was denn dort geschehen soll, wo Arbeitszeitverkürzungen schwerlich möglich sind wie z. B. in der Landwirtschaft. Der NAWU-Report diskutiert mehrere Strategien, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Der entscheidende Punkt besteht in der Entökonomisierung eines Teils der Dienstleistungen durch einen Sozialdienst und ein System der Nachbarschaftshilfe, System der «kleinen Netze» genannt (siehe II. Teil). Durch die Herauslösung von Dienstleistungen aus der Wettbewerbswirtschaft und aus der staatlichen Versorgung wird das kleiner gewordene Budget sowohl des einzelnen wie der öffentlichen Hand entlastet. Der materielle Wohlstand kann im großen und ganzen erhalten bleiben trotz gesunkenen Einkommens, und die Lebensqualität steigt durch eine von der Freizeitindustrie unabhängige Verwendung eines Teils der gewonnenen Freizeit.

Die Perspektive der Umweltstabilisierung

Mit den genannten Maßnahmen ist aber der Zwang zum Wachstum noch nicht hinreichend überwunden. Das soll erreicht werden durch eine Begrenzung des Umwelt-, Boden- und Energieverbrauchs.

Jeder Betrieb erhält ein bestimmtes Kontingent an erlaubter Gesamtbelastung. Wie das theoretisch möglich und praktisch durchführbar ist, war Gegenstand ausgedehnter Untersuchungen des NAWU-Teams, die nicht in wenigen Worten zusammengefaßt werden können. Der springende Punkt dieses Kontingentierungssystems besteht jedenfalls darin, daß ein weiteres Wachstum der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nur in dem Maße möglich ist, als die Umweltbelastung pro Produktionseinheit (spezifischer Rohstoff- und Energieverbrauch, spezifische Umweltbelastung) *tatsächlich* gesenkt worden ist.

Im bisherigen System wächst die Wirtschaft, bis eine bestimmte Belastung unerträglich geworden ist. Dann erst werden Emissions- oder gar Immissionsvorschriften aufgestellt. Sie werden oft genug nur mit großer Verzögerung wirksam, verursachen mehr Kosten als eine präventive Methode und erweisen sich u. U. wirtschaftlich oder gar technisch als undurchführbar (wie im Fall der ursprünglichen Normen für die Senkung der giftigen Anteile der Autoabgase in den USA).

Es braucht keine große Phantasie, um zu ahnen, daß ein solches Kontingentierungssystem seine Schwierigkeiten hat. Sie bestehen nicht nur darin, daß die wissenschaftlichen Grundlagen noch lückenhaft sind, sondern auch darin, daß sich heikle Bewertungsprobleme stellen (was ist unabdingbar, was zumutbar, was bloß wünschenswert). Dazu kommt der Widerstand der Unternehmer, die an zusätzlichen Umtrieben keine Freude haben können. Aber diese Schwierigkeiten sollten überwindbar sein, bedenkt man, daß der unheilvolle Wachstumszwang im Wirtschaftssystem überwunden werden muß, aber so, daß nicht sämtliche Vorteile der freien Marktwirtschaft über Bord geworfen werden müssen.

Der Verschleiß von Umweltkapital ist für den Bürger nirgends augenfälliger als in der Verbauung immer neuer Flächen.

Seitdem es Statistiken gibt, wächst das Bauvolumen in den Industrieländern etwa gleich stark wie die Gesamtleistung der Volkswirtschaft, das sind (oder waren) real mindestens 3% pro Jahr. Auch wenn die Schweiz erst gut ein Zwanzigstel des gesamten Staatsgebietes verbaut hat, würde es bei dieser Zuwachsrate nicht einmal ganz 100 Jahre dauern, bis selbst die Gletscher zu betoniert wären. Würden wir gleichzeitig fordern, daß alle Bauten, die älter als 30 Jahre sind, abgerissen und neu errichtet werden, würde das Ende der Überbauung nur um 17 Jahre hinausgeschoben.

Käme das Wirtschaftswachstum, aus welchen Gründen auch immer, zum Stillstand, käme auch der Bodenverschleiß zum Stillstand. Begrenzte man umgekehrt den Bodenverschleiß, müßte auch das Wirtschaftswachstum aufhören. Daher fordert der NAWU-Report Grenzen für zwei Nutzungsbereiche:

► Die *landwirtschaftliche Nutzfläche* darf nicht mehr weiter vermindert werden. Es wird dasselbe gefordert, was in der Schweiz das Forstgesetz von 1902 für den Wald verlangt: Seine Fläche darf nicht vermindert werden; wo gerodet wird, muß Realersatz geschaffen werden. Die Reserve an landwirtschaftlicher Fläche sollte so groß sein, dass in Krisenzeiten die Bevölkerung gerade noch ernährt werden kann, wobei zu bedenken ist, daß infolge gleichzeitig mangelnder Energie die heutigen enormen Hektarerträge sinken werden. Ein willkommenes Nebenprodukt dieser Maßnahme wäre die Eindämmung der Bodenspekulation.

► Einführung einer *maximalen Siedlungsfläche*: Gegenwärtig beträgt sie in der Schweiz 5,6% der Gesamtfläche. Eine Erweiterung auf 7% wird als verantwortbar betrachtet. Der noch nicht genutzte Anteil wird in abnehmenden Raten in Nutzung genommen. Es liegt auf der Hand, daß bei solchen Maßnahmen manche traditionellen Besitzformen in Frage gestellt werden. Der NAWU-Report widmet dieser Frage ein eigenes Kapitel (S. 261–278). Die gegenwärtige Eigentumsordnung begünstigt die Expansion, die Ausbeutung, die «Eroberung der Natur». Eine zukünftige Eigentumsordnung hat die Sozialbindung des Eigentums stärker zu berücksichtigen. Denn die Umwelt ist an sich ein gemeinschaftliches Gut, ein Patrimonium, dessen Produktionskraft so weit als möglich erhalten bleiben muß. Je nach Art der Umweltgüter (regenerierbare, nichtregenerierbare Ressourcen, Boden) sind verschiedene Wege zu wählen, für die es in unserer Kultur bereits Vorbilder gibt.

Energiebegrenzung und Arbeitsplatzsicherung

Der vielleicht wichtigste Bestandteil einer umfassenden Umweltstabilisierung, durch die der Wachstumszwang des wirtschaftlichen Systems gebrochen und das Wachstum selber zum

Stillstand gebracht werden soll, ist die *Begrenzung des Energieverbrauchs*, indem man

- die Energie effizienter nutzt und sparsamer verbraucht und
- den Anteil der regenerierbaren inländischen Energieformen steigert (direkte Sonnenenergie, Umgebungswärme, Holz usw.).

Ein derartiges Programm läßt sich nur schrittweise verwirklichen und realisiert sich nicht von selbst in der kurzen Zeit, die uns noch bis zur endgültigen Verknappung der klassischen Energieträger zur Verfügung steht. Dem Prozeß muß durch Verteuerung der importierten Energie und der inländischen Hydroelektrizität nachgeholfen werden. Dabei ist entscheidend, die Bewirtschaftung marktkonform zu gestalten und damit sofort zu beginnen, bevor die von seiten der Produzenten zu erwartenden Preissteigerungen den Spielraum einengen. Die Energieverteuerung muß sachte beginnen, z. B. mit 2 bis 3 % pro Jahr. Sie ist dafür dynamisch zu gestalten, d. h., sie nimmt jedes Jahr um weitere 2 bis 3 % zu, um so den Anpassungsdruck aufrechtzuerhalten. Viele Verbraucher werden bei ihren Investitionen die mit Sicherheit zu erwartenden und in ihrer Größe einigermaßen bekannten Preiserhöhungen berücksichtigen und Rationalisierungsmaßnahmen der zweiten Art (s. o., S. 60) durchführen. Gegen ein solches Programm werden vor allem zwei Einwände erhoben:

► «Wer soll das bezahlen?» Die Energiesteuer selber liefert Mittel dazu. Sie ist nicht nur als Lenkungs-, sondern auch als Finanzierungssteuer gedacht. Da diese dynamische Steuer mit der Zeit hohe Beträge liefert, können andere Steuern, z. B. die Mehrwertsteuer, reduziert werden. Der Ansporn zur rationellen Energienutzung bleibt erhalten.

► «Ohne zusätzliche Energie keine zusätzlichen Arbeitsplätze!» Wenn dieses Schlagwort so ohne weiteres stimmte, warum haben denn die USA mit dem größten Energieverbrauch pro Kopf zugleich eine der größten Arbeitslosenquoten, und das seit Jahrzehnten? Es gibt Untersuchungen, nicht nur von seiten des NAWU-Teams, die zeigen, daß eine Verknappung des Energieangebotes Anpassungsprozesse auslöst, die mehr Arbeitsplätze schaffen, als auf dem klassischen Energiesektor infolge der Stagnation verlorengehen. Letztlich kommt es darauf an, weniger kapitalintensive, dafür aber arbeitsintensive Arbeitsplätze zu schaffen. Wie denn sonst sollen 16 Mio Arbeitslose in den westlichen Industrieländern oder gar die 300 Mio in den Entwicklungsländern je Arbeit finden können? Statt Arbeit fiskalisch mit immer höheren Lohnprozenten zu belasten, wäre es nicht klüger, die Energie zu besteuern?

Energiestabilisierung schafft Arbeitsplätze. Allerdings dürfte es da vorbei sein mit den gewohnten Produktivitätsfortschritten und mit der Aussicht auf immer höhere Reallöhne (was im NAWU-Report zu wenig deutlich wird). Ein Stopp der Produktivitätssteigerung sollte eigentlich durchaus erwünscht sein, um zu verhindern, daß nichtrationalisierbare Arbeit unerschwinglich wird, etwa in der Landwirtschaft, im Bildungswesen, im Gesundheitsdienst. Eine umfassende Umweltstabilisierung weist also den Weg aus unserem Dilemma: Sie verhindert die ökologische Krise, indem sie die Rohstoffreserven schont und die Abfallproduktion vermindert. Gleichzeitig dämpft sie die ökonomische Krise, indem sie durch Stabilisierungsmaßnahmen Arbeitsplätze schafft und den Ersatz menschlicher Arbeit durch Energie bremst und so auch den Verlust von Arbeitsplätzen.

(2. Teil folgt)

Paul Erbrich, Feldkirch

Polnische Maßstäbe für Ungarns Kirche?

Offensichtlich sind die polnischen Bischöfe mit der Haltung ihrer ungarischen Amtsbrüder, was das Verhältnis zum Staat anbelangt, nicht zufrieden. Fürchten sie vielleicht, daß das «schlechte» ungarische Beispiel Rückwirkungen auf Polen haben könnte? Schon 1966 war die ungarische Bischofskonferenz bei den Feierlichkeiten zum 1000jährigen Bestehen der polnischen Kirche nicht vertreten, weil man sie nicht eingeladen hatte. Deutlicher konnte das Mißfallen der polnischen Hierarchie kaum ausgedrückt werden. Und es scheint, daß Kardinal *Wyszynski* beim Konklave zur Wahl Johannes Pauls I. (Ende August 1978) die - seiner Ansicht nach - allzu staatshörige Haltung der ungarischen Kirche offen kritisiert hatte. Natürlich stellt sich damit auch die Frage nach der Bedeutung jenes Schreibens, das Papst Johannes Paul II. am 2. Dezember an den ungarischen Kardinalprimas *László Léka*i und seine Bischöfe richtete und durch Erzbischof *Lutgi Poggi*, der wieder einmal zu Verhandlungen mit der ungarischen Regierung unterwegs war, überbringen ließ. (Der erwähnte Brief wurde übrigens erst am 14. Januar 1979 im *Osservatore Romano* - und zwar in lateinischer Sprache - veröffentlicht.) Was da in Worte der Ermunterung gekleidet war, könnte auch als Mahnung, ja sogar als versteckter Tadel verstanden werden. Um zu errahnen, worum es eigentlich geht, wollen wir unseren Blick zuerst der Lage der ungarischen Kirche zuwenden.

Das Ende einer feudalistischen Kirche

Wir können durchaus von einem Vergleich mit der polnischen Kirche ausgehen. Während Polen vor dem Zweiten Weltkrieg immerhin 75 Prozent Katholiken zählte, waren es in Ungarn (in den alten Grenzen) nur 64 Prozent. Aber in beiden Ländern genoß die katholische Kirche eine Vorzugsstellung. Doch damit erschöpft sich die Ähnlichkeit weitgehend. Während nämlich die polnische Kirche schon im 18. Jahrhundert bei den Teilun-

gen Polens in erheblichem Maße ihrer einstigen politischen Feudalrechte und auch ihrer Feudalstruktur verlustig ging, blieben diese Rechte und Strukturen, die wie ein historisches Relikt anmuten, in Ungarn bis zur kommunistischen Machtübernahme erhalten.

Der Erzbischof von Esztergom war Fürstprimas (mit Herzogstitel), erster Bannerträger Ungarns, Legat des Heiligen Stuhles. Er genoß den Vorrang vor allen Würdenträgern. Außerdem krönte und vereidigte er ursprünglich auch den König (der katholisch sein mußte). Erzbischöfe und Bischöfe waren automatisch Mitglieder des Oberhauses (ein Recht, das allerdings auch für die Würdenträger der anderen Konfessionen galt). Die katholische Kirche verfügte über rund 560 000 Hektar Grundbesitz (d. h. gegen 8 Prozent des bebaubaren Bodens). Nachdem auch gegen 50 Prozent der Schulen (die Prozentzahlen bei den Mittelschulen lagen noch höher) unter katholischer Leitung standen (vorab von Schulorden), erhielt die Kirche hierfür vom Staat noch zusätzlich beachtliche Zuwendungen.

Der Klerus genoß einen besonderen rechtlichen Schutz. Er war vom Militärdienst und von öffentlichen Aufträgen, die mit dem kirchlichen Beruf unvereinbar sind, befreit. All dies trug dazu bei, daß die katholische Kirche und ihre Vertreter im ungarischen Staat als durchaus privilegierte Gruppe in Erscheinung traten. Dies hat denn auch schon früher einiges Mißfallen hervorgerufen und immer wieder zu Spannungen im Verhältnis von Kirche und Staat geführt.

Als die Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg in Ungarn die Macht übernahmen (wogegen sich übrigens die Kirche verständlicherweise kräftig zur Wehr setzte), da bedeutete dies für den ungarischen Katholizismus eine zeitgeschichtliche Wende. 900 Jahre einer privilegierten Stellung fanden beinahe über Nacht ihr Ende. Die alten Rechte, der große Kirchenbesitz und auch die meisten Schulen gingen verloren. Und nicht zuletzt aus dem Bemühen heraus, den katholischen Einfluß auf das Schulwesen definitiv zu vernichten, verfügten die Kommunisten die Aufhebung beinahe aller Ordensgemeinschaften. Anstelle der über 11 500 Ordensangehörigen (25 Prozent männliche, 75 Prozent weibliche Ordensleute) im Jahre 1950 blieben bis 1979 nur

noch 250 Ordensleute übrig, die vorwiegend an den sechs katholischen Knabengymnasien (geführt von Benediktinern, Franziskanern und Piaristen) und den zwei Mädchengymnasien (unter Leitung der Schulschwestern Unserer Lieben Frau) wirken.

In Polen verlief die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg demgegenüber völlig anders. Die russische Annexion Ostpolens mit seiner vorwiegend orthodoxen Bevölkerung und die Vertreibung der (in ihrer Mehrzahl evangelischen) Deutschen aus den neuen polnischen Westgebieten hatten zur Folge, daß ein polnisches Staatswesen mit beinahe 95 Prozent Katholiken entstand. Zudem genoß die Kirche hohes Ansehen, hatten sich ihre Vertreter doch im Zweiten Weltkrieg kompromißlos im antifaschistischen Abwehrkampf engagiert. Polnisch und katholisch waren beinahe zwei identische Größen, nachdem die katholische Kirche während über 100 Jahren das einigende Band der zerteilten polnischen Nation gebildet hatte. Das moralische Ansehen der Kirche bedeutete einen politischen Machtfaktor, den die polnischen Kommunisten weit mehr berücksichtigen mußten als ihre ungarischen Genossen.

Ganz abgesehen davon, daß die katholische Kirche in Ungarn, allen Privilegien zum Trotz, nie über die gleiche Volksverbundenheit und über das gleiche moralische und politische Gewicht wie in Polen verfügte (eine Mehrzahl des ungarischen Hochadels war calvinistisch, zudem besaßen die Katholiken Ungarns bis zur neuen Staatsgründung nach dem Ersten Weltkrieg nur eine ganz schwache zahlenmäßige Mehrheit im Land), hatten die Kommunisten in Ungarn leichtes Spiel, die Kirche als ein Relikt des Feudalismus darzustellen, welche zudem auch mit dem Horthy-Regime verbunden gewesen war. Die Kirche stand in jeder Hinsicht auf der Seite der Verlierer – und mußte entsprechend dafür zahlen.

Im Gegensatz zur polnischen Kirche waren die ungarischen Katholiken von ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung her weit weniger auf den Schlag vorbereitet, der sie mit der kommunistischen Machtübernahme traf. Die ungarische Kirche vermochte sich nur schwer auf die neue Situation einzustellen. Ein Beweis hierfür ist u. a. Kardinalprimas *Mindszenty*, der beim Ungarnaufstand von 1956, kaum aus dem Gefängnis befreit, die Rückgabe des kirchlichen Besitzes (inkl. Grundbesitz) forderte.

Während den einen, auch wenn sie heroisch für ihren katholischen Glauben einstanden, der Abschied von den alten kirchenfürstlichen (bzw. fürstkirchlichen) Privilegien schwerfiel, paktierten andere mit den Kommunisten, weil sie die alten sozialen Zustände als überholt erachteten. Es dürfte kein Zufall sein, daß die sogenannte «Friedenspriesterbewegung» in Ungarn weit mehr Zulauf hatte als in Polen, so daß es dem kommunistischen Regime in der Kirchenverfolgung auch leichter fiel, die Kirche in unterschiedliche Tendenzen aufzuspalten, diese gegeneinander auszuspielen und zu schwächen sowie «Friedenspriester» in führende Stellungen vorzuschieben.

Aus dem Gesagten dürfte damit klar sein, daß die ungarischen Verhältnisse eigentlich nicht an der polnischen Situation gemessen werden dürfen.

Folgen der Vereinbarungen mit dem Heiligen Stuhl

Ungarn war 1964 der erste osteuropäische Staat, der durch direkte Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl zu einem Teilabkommen kam. Damals wurde dies noch als großer Durchbruch gefeiert. Als positives Resultat dieses Teilabkommens sowie diverser späterer Verhandlungen bis 1978 kann festgehalten werden, daß 21 Bischofsnennungen und 25 Veränderungen innerhalb der Hierarchie möglich wurden, womit alle 11 Diözesen einen Bischof haben (10 mit Ortsordinarius, die Diözese Veszprém mit einem Apostolischen Administrator). Daneben konnten auch noch sieben Weihbischöfe eingesetzt werden, die allerdings nur sakramentale Vollmachten besitzen,

während die eigentliche Regierungsgewalt in den Händen von mehrheitlich regimetreuen Generalvikaren oder Ordinariatskanzlern aus der Friedenspriesterbewegung liegt.

Gerade in der letzten Bemerkung zeigt sich, daß mit der Besetzung der Bischofsstühle noch längst nicht alle Probleme aus dem Weg geräumt sind. Als ein Positivum schlägt hingegen noch zu Buche, daß die (durch die Absetzung von Kardinal Mindszenty ermöglichte) Ernennung von Dr. László Lékai zum Erzbischof von Esztergom und Primas von Ungarn endlich den Weg freimachte, die auseinandergefallene ungarische Bischofskonferenz langsam aber sicher wieder zu einer Einheit zusammenzuschließen. (Allerdings ist dieser Prozeß noch im Gange, und es wären zu seinem Abschluß noch einige Veränderungen im Bischofskollegium notwendig.)

Doch damit ist die Aufzählung der positiven Ergebnisse bereits weitgehend erschöpft. In der Frage des Religionsunterrichts scheinen die Diplomaten des Heiligen Stuhls überspielt worden zu sein. Statt eine Erweiterung des Religionsunterrichts zu gewährleisten, hat es das kommunistische Regime mit Tricks (Beschränkung der Zahl der Unterrichtsschüler auf 160 pro Pfarrei, wobei diese Zahl meist nicht einmal erreicht werden kann) und Schikanen (Anmeldepflicht der Eltern, Unterrichtsüberwachung durch staatliche Aufsichtsorgane und Einschüchterung) verstanden, den Religionsunterricht in den Städten mehr oder weniger zum Erliegen zu bringen. Nimmt man eine Zahl von 62 Prozent Katholiken in Ungarn an, so erreicht der Religionsunterricht derzeit nur noch 6–7 Prozent aller katholischen Schüler, und diese vorwiegend auf dem Lande. In absoluten Ziffern ausgedrückt bedeutet dies: Von den etwa 735 000 katholischen Schülern erhalten nur noch rund 50 000 eine religiöse Unterweisung.

Es paßt in dieses Bild, daß auch die katholischen Gymnasien unter Druck gesetzt werden. Das System ist denkbar einfach. Absolventen dieser Schulen erhalten kaum einen Platz an der Hochschule. Damit aber verlieren die katho-

Ein Modell für lebendige Kommunikation in Arbeitsgruppen jeglicher Art:

Die themenzentrierte Interaktion TZI (nach Ruth Cohn)

Einführungsmethodenkurse 1979

Kursleiterin: Dr. Elisabeth Waelti, Höhweg 10, 3006 Bern

Thema: Wie kann ich durch lebendiges Lehren und Lernen meine Erlebnisfähigkeit vertiefen und berufliche Konflikte in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen besser bewältigen?

Adressaten: Geistliche, Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen und alle, die in kirchlichen, sozialen und andern Berufen neue Wege zum Menschen suchen.

Termine:	26.–30. März	16.–20. Juli	} Ort: Nähe Fribourg und Olten
	2.–6. April	30. Juli–3. Aug.	
	18.–22. April	13.–17. Aug.	
	4.–8. Juni	17.–21. Sept.	

Kurskosten: Fr. 250.–

Unterkunft: Vollpension pro Tag ca. Fr. 38.–

Einzahlung von Fr. 250.– auf Postcheckkonto 30-66546 gilt als definitive Anmeldung.

lischen Mittelschulen ihre Attraktivität und kämpfen mit Schülermangel. Ändert sich die Lage nicht, so sind die weiteren Folgen leicht abzusehen.

Am Rande sei bemerkt, daß auch in Ungarn der Priesternachwuchs stark zurückgegangen ist, was zu einer Überalterung des Klerus führt. Allerdings kann man die Situation in diesem Punkte noch nicht als bedrohlich bezeichnen. Es bestehen immerhin noch sechs Seminarier für die Priesterausbildung.

Das Rundschreiben der ungarischen Bischöfe (29. 11. 1978)

Natürlich haben sich die vergangenen Jahrzehnte auch auf die Pfarreien ausgewirkt. Nachdem manche Geistliche während Jahren die Befehle eher vom staatlichen Kirchenamt als von einem amtierenden Bischof erhielten, entwickelte sich manche Eigenständigkeit. Die Unzufriedenheit mit der staatlichen Bevormundung führte auch zur Gründung von Basisgruppen, die sich, oft um junge Geistliche geschart, abseits der Pfarreien in Privatwohnungen zu Gebet und Liturgie versammelten. Gerade diese Entwicklung konnte aber dem Regime nicht gefallen, da es darin den Geist der Opposition herausspürte. Und dies wiederum rief die Bischöfe auf den Plan, denen zusätzliche Spannungen mit dem Staat nicht gelegen kommen, schon gar nicht, wenn sie mit dem Geruch politischer Opposition behaftet sind. Man will den Kommunisten nicht einen Vorwand zu einer verschärften Kirchenpolitik liefern.

Aus all dem ergibt sich, weshalb die ungarischen Bischöfe es nötig fanden, gegenüber individuellem Wildwuchs die Pfarrer zur Einheit mit ihrem Bischof aufzurufen und zu betonen, die Bischöfe trügen schließlich die Verantwortung für die Seelsorge. In diesem Zusammenhang warnten die Bischöfe ausdrücklich vor radikalen Eigeninitiativen, zu denen einige mit den Bischöfen unzufriedene Priester aufgerufen hatten. Und sie verwiesen auch darauf, daß für Hausmessen die Erlaubnis des Bischofs erforderlich sei. Außerdem wandten sie sich gegen liturgische Mißbräuche, die aus dem Westen eingedrungen seien.

Alles in allem ergibt sich aus dem vorliegenden Hirtenbrief der Eindruck, daß es in Ungarns Kirche mit dem Zusammenhalt von Pfarrern und Bischöfen nicht zum besten steht. Insbesondere scheint sich auch eine innerkirchliche Opposition zu regen, die – wegen ihrer möglichen Verbindung mit politischer Opposition – von den Bischöfen als Gefahr empfunden wird. Daß es auch dem Bischofskollegium, trotz gemeinsamen Hirtenbriefs, an Zusammenhalt und Einheit mangelt, macht die Lösung der anstehenden Probleme nicht einfacher.



ORIENTIERUNG

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebner, Mario v. Galli, Robert Hotz, Clemens Locher, Josef Renggli, Josef Rudin
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (Feldkirch), Raymund Schwager (Innsbruck), Pietro Selvatico (Fribourg)

Anschrift von Redaktion und Administration:
Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎(01) 2010760
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto
Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postscheckkonto Stuttgart 6290-700
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127
Italien: Postscheckkonto Rom, Nr. 29290004

Abonnementspreise 1979:
Schweiz: Fr. 30.- / Halbjahr Fr. 16.50 / Studenten Fr. 22.-

Deutschland: DM 33.- / Halbjahr DM 17.- / Studenten DM 24.-

Österreich: öS 250.- / Halbjahr öS 150.- / Studenten öS 170.-

Übrige Länder: sFr. 30.- plus Versandkosten
Gönnernabonnent: Fr./DM 40.-. (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr. 1.70 / DM 1,90 / öS 15.-

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich

Die Botschaft von Papst Johannes Paul II.

Man kann sich nur schwer des Verdachts erwehren, daß der Papst mit seinem Brief vom 2. Dezember 1978, ungeachtet aller schönen und lobenden Worte, den Zustand der ungarischen Hierarchie visierte. An die Adresse der Bischöfe gerichtet, meinte er: «Ihr sollt auf fruchtbare und nützliche Weise all diesen (seelsorglichen) Zielen durch euer apostolisches Zeugnis und euren seelsorglichen Eifer dienen, durch Liebe zu den Traditionen eures Volkes und in Verbindung mit dem Nachfolger des heiligen Petrus und dem ganzen Bischofskollegium der Kirche.»

Gleichzeitig klangen aber auch Forderungen gegenüber dem Regime an, wenn er der Hoffnung Ausdruck verlieh, die katholische Kirche, die in der Geschichte Ungarns eine so wichtige Rolle gespielt habe, sollte auch künftig in der Lage sein, das Gesicht der Heimat zu prägen und allen Ungarn das Licht des Evangeliums zu bringen. «Und besonders wünschen wir, daß dieses Licht durch eure bischöfliche Tätigkeit zum Leuchten kommt, daß eure Priester, die Ordensgemeinschaften und die Laien apostolisch tätig sein können.»

Diese Worte des polnischen Papstes, welche die Ankunft von Erzbischof Poggi zu einer neuen Verhandlungsrunde in Budapest begleiteten, dürften die kommunistischen Machthaber ziemlich überrascht haben. Genau besehen wurde sowohl für den Unterhändler des Heiligen Stuhls als auch für den ungarischen Episkopat eine Marschroute festgelegt, die vielleicht doch in etwa jenen Ungarn recht gibt, welche sich mit den bisherigen Restriktionen nicht mehr abfinden wollen und auf eine Erweiterung der religiösen Wirksamkeit drängen.¹

Robert Hotz

¹ Unter anderem wurden für den vorliegenden Bericht benutzt: Pressedienst des Ungarischen Kirchensoziologischen Instituts, Wien, sowie Herder-Korrespondenz, 1979/II, S. 108. – Das Schreiben Papst Johannes Pauls II. an Kardinal László Lékai und den Episkopat Ungarns ist inzwischen auch in deutscher Übersetzung erschienen; vgl. L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 8, 23. 2. 1979, S. 5.

Zur Titelseite

«Mut zur Tugend»: Der bewußt unmoderne Titel erinnert an das verschwundene Kirchengebet vom «christlichen Kampf» zu Beginn der Fastenzeit, und als Fastenlektüre ist der Band am 5. März gerade noch rechtzeitig erschienen.¹ (Das Datum markiert den gemeinsamen 75. Geburtstag von Karl Rahner und Robert Scherer, ehem. Cheflektor im Herder-Verlag, dem Rahner gemeinsam mit Bernhard Welte diesen Band gewidmet hat.) Im einleitenden «Plädoyer für eine namenlose Tugend» könnte man geradezu einen Kommentar zum diesjährigen Motto des Schweizer Fastenopfers «Grund zum Handeln» sehen: Rahner geht es um den «Mut zur Entscheidung» in der «Mitte» zwischen «müden Relativisten» und «sturen Fanatikern». Am Schluß des Bandes wird nochmals «plädiert», und zwar von Schriftleiter Rudolf Walter «für unzeitgemäß-zeitgemäße Tugenden» bzw. «für einen Mann mit Eigenschaften». Spätestens hier wird man gewahr, wie sehr der «männliche» Klang des lateinischen Wortes für Tugend, *virtus*, nachwirkt: sind doch sämtliche 25 Beiträge von Männern geschrieben. Einige haben sich dabei (in Umkehrung der Methode von Lucianis «Illustrissimi») die Maske einer historischen Figur angezogen. So wurde z.B. ein «Sendbrief D. Martin Luthers an Papst Johannes XXIII.» über den christlichen Freimut «aufgefunden», ferner ein Schreiben des M. Blaise Pascal «zu Papier gebracht», und in ähnlicher Weise ist auch die uns vom Verlag freundlich angebotene Rede eines demokratischen Hofnarren (samt «Anmerkungen des Redakteurs») «niedergeschrieben und redigiert» worden. Sie bezeugt, daß «von der Fähigkeit, menschlicher zu leben» (Untertitel des Bandes), wenn schon keine Frauen, so neben den vielen Geistlichen und Theologen immerhin auch einige «Laien» zu schreiben wußten. So stößt man auf W. Dirks, I. Fetscher, F. X. Kaufmann und E. Kogon und freut sich, daß auch Sozio- und Politologen den Jargon der Zunft verlassen, wenn sie zum Beispiel über «Brüderlichkeit» oder «Zivilcourage» schreiben. Das Spektrum der übrigen Tugendverfechter mag mit Namen wie Y. Congar, O. v. Nell-Breuning, H. U. v. Balthasar, O. H. Pesch und J. J. Petuchowski einigermaßen angedeutet sein. (Red.)

¹ Mut zur Tugend. Über die Fähigkeit, menschlicher zu leben. Hrsg. von Karl Rahner und Bernhard Welte. Herder, Freiburg, 1979, 248 Seiten, DM 24,80.